

Gender Gap in der finanziellen Bildung



Bericht von Antonia Grohmann

Gender Gap in der finanziellen Bildung:
Einkommen, Bildung und Erfahrung erklären ihn
nur zum Teil

1083

Interview mit Antonia Grohmann

»In den meisten Ländern wissen Frauen
im Durchschnitt weniger als Männer über Finanzen«

1091

Bericht von Sandra Bohmann und Jürgen Schupp

IT und Kommunikationstechnologien
dominieren die Freizeit von Jugendlichen

1092

Bericht Herbert Brücker, Nina Rother, Jürgen Schupp, Christian Babka von Gostomski, Axel Böhm, Tanja Fendel, Martin Friedrich,
Marco Giesselmann, Yuliya Kosyakova, Martin Kroh, Elisabeth Liebau, David Richter, Agnese Romiti, Diana Schacht, Jana A. Scheible,
Paul Schmelzer, Manuel Siegert, Steffen Sirries, Parvati Trübzwetter und Ehsan Vallizadeh

Flucht, Ankunft in Deutschland
und erste Schritte der Integration

1103

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Trumps Klimapolitik:
Augen zu und vorwärts in die Vergangenheit!

1120



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang
16. November 2016

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Norma Burow
Felix Weinhardt, Ph.D.

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin
Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen im Zeichen des Geburtenrückgangs und der verstärkten Fortzüge ins Ausland – Vorausschätzungen bis zum Jahr 1990¹

Die Zahl der Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland erreichte 1973 mit 62,1 Mill. ihren bisherigen Höchststand. Bis zum Jahresende 1976 wird der Bevölkerungsbestand auf 61,3 Mill. fallen, bis 1990 auf schätzungsweise 58 Mill. Hauptursache der Bevölkerungsabnahme ist der im internationalen Vergleich einmalige Geburtenrückgang. Am stärksten wird die Bevölkerungszahl in den Ballungszentren sinken.

Trotz des Rückgangs der Einwohnerzahl um rund 3 Mill. wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter – bedingt durch die Veränderung der Altersstruktur – bis 1990 noch um über eine Million zunehmen.

¹ Bei den hier vorgelegten Vorausschätzungen handelt es sich um eine Revision der regionalen Bevölkerungsprognose des DIW aus dem Jahr 1974 [...].

aus dem Wochenbericht Nr. 46 vom 18. November 1976.

Gender Gap in der finanziellen Bildung: Einkommen, Bildung und Erfahrung erklären ihn nur zum Teil

Von **Antonia Grohmann**

Frauen haben in den meisten Ländern eine durchschnittlich schlechtere finanzielle Bildung als Männer. Dieser Bericht weist nach, dass Unterschiede im Einkommen und der Bildung sowie geringere Erfahrungen mit Finanzen diesen Gender Gap nur teilweise erklären. Zudem wird mittels Daten aus verschiedenen Ländern gezeigt, dass kulturelle Unterschiede auch eine Rolle spielen.

Um den Gender Gap in der finanziellen Bildung zwischen Männern und Frauen anzugleichen, sollte in Schulen bessere Allgemeinbildung und Rechenfertigkeit vermittelt werden. Unterricht zum Thema Finanzen müsste versuchen, das Interesse von Mädchen zu wecken, damit sie Finanzentscheidungen auch als „ihre Aufgabe“ betrachten. Die generelle Gleichstellung von Männern und Frauen würde auch den Gender Gap in der finanziellen Bildung reduzieren.

Finanzielle Bildung wird wichtiger, weil immer mehr Menschen vermehrt privat vorsorgen müssen, um im Alter finanziell abgesichert zu sein. Gleichzeitig werden viele Finanzprodukte immer komplizierter. Natürlich sollten sich sowohl Männer als auch Frauen mit Finanzen auskennen, um gute Finanzentscheidungen treffen zu können.¹ Mit Blick auf die Bedeutung von Veränderungen im Sozialsystem wird allerdings deutlich, dass besonders für Frauen ein gutes Finanzverhalten, insbesondere in Form einer ausreichenden Altersvorsorge, wichtig ist. Das hat zwei Gründe: Erstens haben Frauen eine höhere Lebenserwartung als Männer, was bedeutet, dass sie länger auf Leistungen im Alter angewiesen sind. Zweitens unterbrechen Frauen öfter als Männer ihre Berufstätigkeit, um sich um Kinder und Familie zu kümmern. Deshalb zahlen sie oft auch weniger in das staatliche Rentensystem ein und sind somit stärker von Altersarmut betroffen als Männer.²

Viele Studien haben bereits gezeigt, dass eine gute Finanzbildung zu einem verbesserten Finanzverhalten führt.³ Menschen, die mehr über Finanzen wissen, legen mehr Geld für das Alter zurück, sind wohlhabender und nutzen anspruchsvollere Anlageprodukte.

Diese Studien finden allerdings auch, dass Frauen eine schlechtere Finanzbildung haben als Männer.⁴ Dieser Unterschied in der Finanzbildung wird auch als Gender Gap in der finanziellen Bildung bezeichnet.⁵ In die-

¹ Grohmann, A. und Menkhoff, L. (2015): Schule, Eltern und finanzielle Bildung bestimmen das Finanzverhalten, DIW Wochenbericht Nr. 28.

² Möhring, K. (2014): Der Einfluss von Kindererziehungszeiten und Mütterrente auf Alterseinkommen von Müttern in Europe, Vierteljahressheft der Wirtschaftsforschung, 2, 139-155.

³ Lusardi, A. and Mitchell, O. (2014): The Economic Importance of Financial Literacy, *Journal of Economic Literature*, 52(1), 5-44.

⁴ Bucher-Koenen et al. (2016), How Financially Literate Are Women? An Overview and New Insights, *Journal of Consumer Affairs*, forthcoming. Xu, L. and Bilal, Z. (2012), Financial Literacy around the World, An Overview of the Evidence with Practical Suggestions for the Way Forward, World Bank Policy Research Working Paper 6107.

⁵ Lusardi, A. and Mitchell, O.S. (2008), Planning and Financial Literacy: How Do Women Fare? *American Economic Review Papers and Proceedings*, 98(2), 413-417.

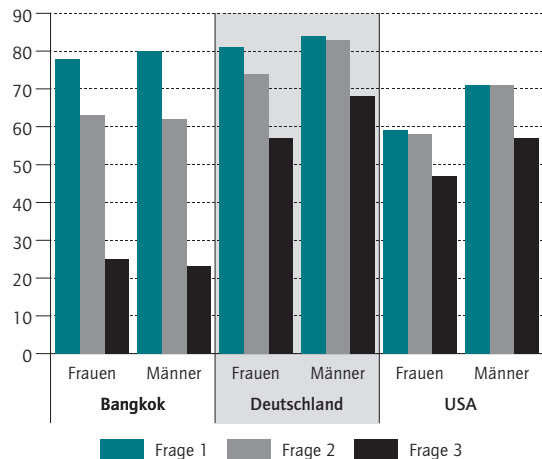
Kasten

Befragung in Bangkok zu finanzieller Bildung

1. Sie leihen 10 000 Baht zu einem Zinssatz von zwei Prozent im Monat, wieviel schulden Sie nach drei Monaten?
 - a) weniger als 10 200 Baht
 - b) mehr als 10 200 Baht
 - c) genau 10 200 Baht
2. Sie haben 10 000 Baht auf einem Konto, der Zinssatz für dieses Konto ist ein Prozent im Jahr, der Preis für alle Güter und Dienstleistungen stieg um zwei Prozent im Jahr, wieviel können sie in einem Jahr kaufen?
 - a) weniger als ich heute kaufen kann
 - b) mehr als ich heute kaufen kann
 - c) genau dasselbe was ich heute kaufen kann
3. Es ist sicherer, nur eine Aktie zu kaufen als einen Fond zu kaufen.
 - a) wahr
 - b) falsch

Alle Fragen lassen auch die Antwortoption „Ich weiß es nicht“ oder „ich verweigere die Antwort“ zu.

Abbildung 1

Haushaltsbefragung zur finanziellen Bildung
In Prozent

Anmerkung: Fragen siehe Kasten.

Quelle: Bucher-Koenen et al. und Befragung des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

In Deutschland ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen größer, je schwieriger die Frage ist.

sem Wochenbericht werden die Gründe für die geringere Finanzbildung von Frauen im Vergleich zu Männern erörtert. Darauf aufbauend wird aufgezeigt, wie die finanzielle Bildung von allen verbessert werden kann.

Finanzielle Bildung messen: Drei Fragen testen Wissen über Zinsen, Inflation und Diversifizierung

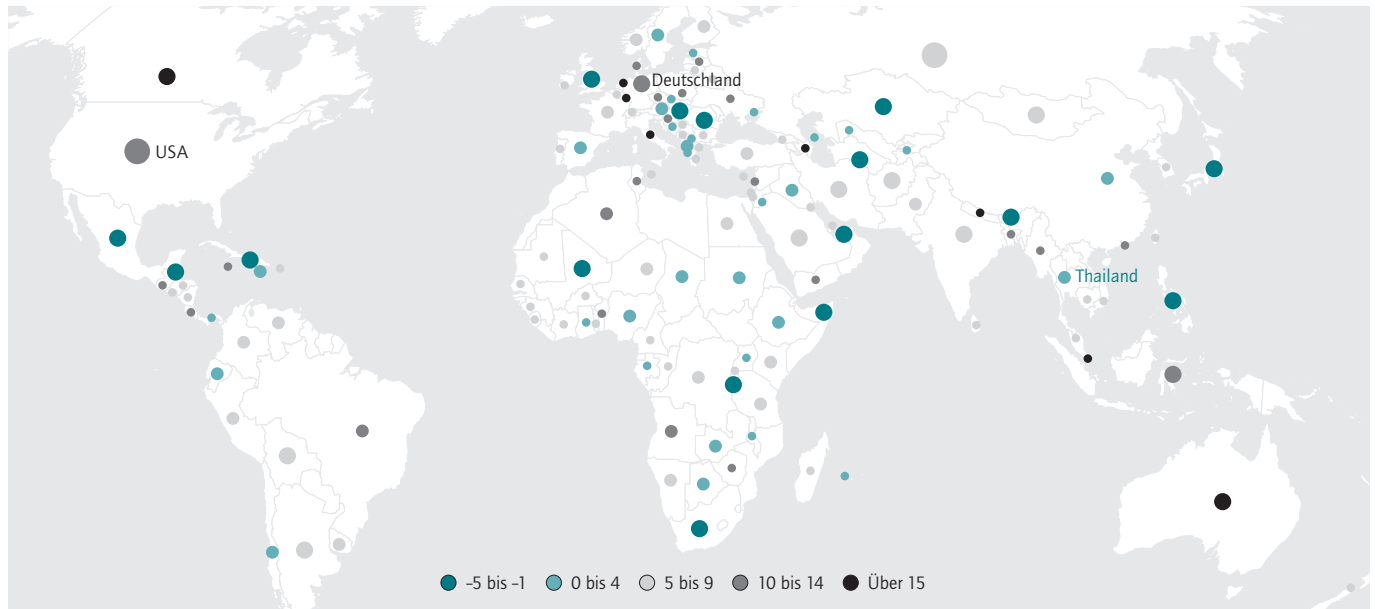
Studien, die finanzielle Bildung messen, entstehen meist aus Haushaltsbefragungen, die sich auf ein bestimmtes Land konzentrieren. Während dieser Haushaltsbefragungen wird im Allgemeinen das Finanzwissen der Hauptentscheidungssträgerin oder des Hauptentscheidungssträgers im Haushalt erhoben. Finanzielle Bildung wird hier gemessen, indem Befragten drei Fragen gestellt werden. Die erste testet das Wissen über Zinsen, die zweite Kenntnisse zur Inflation und die dritte sowohl Kenntnisse über Fonds und Aktien als auch das Verständnis von Diversifikation (Kasten). Da es nicht möglich ist, das tatsächliche Bildungsniveau empirisch genau zu messen und Haushaltsbefragungen oft sehr teuer und aufwändig sind, bieten diese drei Fragen eine Möglichkeit, das Niveau der Finanzbildung schnell und einfach für viele Personen zu erheben.

In diesem Bericht werden hauptsächlich die Ergebnisse aus drei Befragungen herangezogen: jeweils eine repräsentative Befragung aus Deutschland und den USA⁶, sowie eine vom DIW Berlin erhobene Befragung der Mittelklasse in Bangkok.⁷ Die Befragung aus der thailändischen Hauptstadt konzentriert sich ausschließlich auf die Mittelklasse, wobei die Befragten umgerechnet mindestens 400 Euro im Monat verdienen mussten. Das entspricht dem Mindesteinkommen für Menschen mit Bachelorabschluss. Außerdem mussten Befragte bei Haushaltsfinanzangelegenheiten (Mit-)EntscheiderInnen sein. Alle Befragten waren zwischen 18 und 60 Jahren alt und wohnten in Bangkok. Ergebnisse für Deutschland und die USA stammen aus Studien, die dieselben Fragen nutzen, jeweils an die Landeswährungen angepasst (Kasten).

⁶ Bucher-Koenen et al. (2016), How Financially Literate Are Women? An Overview and New Insights, Journal of Consumer Affairs, forthcoming.

⁷ Grohmann, A., Olaf Hübler, O. et al. (2016), Financial Literacy: Thai Middle Class Women Do Not Lag Behind, DIW Working Paper Series No.16 15.

Abbildung 2

Gender Gap in der finanziellen Bildung in 144 Ländern

Quelle: Klapper, L., Lusardi, A., Oudheusden, P. van, *Financial Literacy Around the World: Insights from the Standards and Poor's Ratings Service Global Financial Literacy Survey*, <https://www.finlit.mhfi.com>; Berechnungen der Autoren.

© DIW Berlin 2016

In 135 von 144 Ländern haben Männer eine höhere finanzielle Bildung als Frauen.

In den meisten Ländern schneiden Männer bei Tests zu finanzieller Bildung besser ab als Frauen ...

Die Ergebnisse der Studien aus Deutschland, den USA und Bangkok zeigen, dass in Deutschland und in den USA weniger Frauen als Männer diese drei Fragen richtig beantwortet haben (Abbildung 1). Für Deutschland fällt besonders auf, dass der Unterschied zwischen Frauen und Männern größer wird, je schwieriger die Frage ist. Bei Frage 1, die von 83 Prozent der Männer und 81 Prozent der Frauen in Deutschland richtig beantwortet wurde, ist der Unterschied klein. Die schwierigste Frage 3 wird von allen Befragten seltener richtig beantwortet. Der Unterschied zwischen Männern (68 Prozent) und Frauen (57 Prozent) ist hier am größten. Die Differenz zwischen Männern und Frauen in den USA hingegen liegt für jede Frage bei über zehn Prozentpunkten: Frauen schneiden bei jeder Frage deutlich schlechter ab. Die Ergebnisse aus Bangkok stechen im Vergleich heraus. Hier gibt es bei keiner Frage Unterschiede im Anteil der richtigen Antworten von Männern und Frauen. Bei zwei Fragen schneiden Frauen etwas besser ab als Männer.

Seit vergangenem Jahr gibt es zusätzlich zu den Daten aus verschiedenen Haushaltsbefragungen auch einen Datensatz, der Zahlen zum Niveau der finanziellen Bildung in 144 Länder enthält.⁸ Darin wird der Anteil der Bevölkerung angegeben, der mindestens drei von vier Fragen richtig beantwortet hat. Diese Ergebnisse führen Männer und Frauen getrennt auf. Hier bestätigen sich die eben beschriebenen Befunde und zeigen, dass in 135 von 144 Ländern mehr Männer eine bessere finanzielle Bildung haben als Frauen (Abbildung 2).

... Warum ist das so?

Dieser Bericht untersucht drei mögliche Gründe für den Unterschied in der finanziellen Bildung von Männern und Frauen: Unterschiede in sozio-demographischen Charakteristika, unterschiedliche finanzielle Verantwortung von Männern und Frauen und kulturelle Differenzen zwischen den Ländern.

⁸ Klapper, L., Lusardi, A. et al.: *Financial Literacy Around the World: Insights from the Standards and Poor's Ratings Service Global Financial Literacy Survey*, <https://www.finlit.mhfi.com>.

Sozio-demographische Variablen erklären die geringere finanzielle Bildung von Frauen nur teilweise ...

Viele Studien zur Finanzbildung haben gezeigt, dass das Niveau der finanziellen Bildung mit der allgemeinen Bildung, dem Einkommen und dem Alter der jeweiligen Person zusammenhängt.⁹ Die Befragten in Bangkok sind im Durchschnitt jung, gebildet und – relativ zum Rest der Bevölkerung in Thailand – wohlhabend. Dies trifft auf Frauen und Männer gleichermaßen zu. Da also sowohl Frauen als auch Männer Charakteristika haben, die mit hoher finanzieller Bildung einhergehen, könnte dies auch erklären, warum es hier keinen Gender Gap gibt.

Diese Annahme wird untersucht, indem die Bangkok-Stichprobe nach Bildungsgrad, Alter und Einkommen in jeweils zwei Stichproben unterteilt wird. Die Ergebnisse zeigen, dass die geschlechterbezogene Parität in der Finanzbildung nicht durch besonders gebildete und junge Frauen oder solche mit hohem Einkommen beeinflusst wird. Denn auch Frauen mit – relativ zum Rest der Stichprobe – niedriger Bildung, hohem Alter und geringerem Einkommen, wissen genauso viel über Finanzen wie Männer. Sozio-demographische Charakteristika allein erklären also nicht, warum Frauen und Männer dasselbe Niveau an Finanzbildung haben.

Diese Idee wird weiterverfolgt, indem hier die Datensätze aus Deutschland und den USA angesehen werden. Im Unterschied zu den Daten aus Bangkok sind diese Datensätze repräsentativ für die allgemeine Bevölkerung im Land. Deshalb sind die Befragten im Durchschnitt weniger gebildet, älter und ärmer als die Befragten in Bangkok. Um eine ähnliche sozio-demographische Struktur der Datensätze zu ermöglichen, werden sie dem Datensatz aus Bangkok angeglichen.

Für Deutschland liegt der SAVE-Datensatz aus dem Jahr 2009 vor, der vom Munich Center for the Economics of Aging (MEA) herausgegeben wird.¹⁰ Die Daten werden in verschiedenen Regressionen reduziert: erstens auf jeweils die obere Hälfte und das obere Drittel der Einkommensverteilung. Zweitens wird das Durchschnittsalter dem des Bangkok-Datensatzes angeglichen, indem Befragte über 60 Jahre und Befragte über 50 Jahre in jeweils verschiedenen Regressionen weggelassen werden. Diese Analyse zeigt, dass der Gender Gap in der

Finanzbildung für Gebildetere, Reichere und Jüngere zwar kleiner ist als für die Gesamtbevölkerung, der Unterschied allerdings bestehen bleibt: Frauen haben durchschnittlich immer eine geringere finanzielle Bildung als Männer.

Dasselbe wird mit Daten aus dem American Life Panel¹¹ durchgeführt. Auch hier wird in verschiedenen Regressionen nur die obere Hälfte analysiert, sowie das obere Drittel der Verteilung. Wie im deutschen Fall werden auch hier Regressionen betrachtet, in denen nur Menschen unter 60 und 50 Jahren berücksichtigt werden. Die Ergebnisse sind ähnlich wie die aus dem deutschen Datensatz: Zwar wird der Unterschied zwischen Frauen und Männern auch in den USA kleiner, aber auch hier haben Frauen durchschnittlich eine geringere finanzielle Bildung.

Die hier beschriebenen Ergebnisse zeigen, dass sozio-demographische Unterschiede den Gender Gap in der Finanzbildung nur zum Teil erklären. Dies bedeutet auch, dass der Grund für die ähnlich gute und hohe finanzielle Bildung von Männern und Frauen in Bangkok nicht an der hier genutzten Stichprobe liegt.

... ebenso ist finanzielle Erfahrung nicht die alleinige Ursache

Der zweite Grund für den Unterschied in der Finanzbildung könnte darin liegen, dass Frauen sich weniger mit Finanzen befassen und deshalb weniger Erfahrung haben. Betrachtet man beispielsweise den Anteil von Frauen in Führungspositionen im Finanzsektor, stellt man fest, dass dieser in Deutschland besonders gering ist.¹² Im Gegensatz hierzu zeigt eine Studie, die sich das Verhalten von Asset-ManagerInnen in Deutschland, den USA, Japan und Thailand ansieht, dass Frauen in Thailand genauso häufig Führungspositionen innehaben, und genauso große Portfolios verwalten wie Männer.¹³

Gleichzeitig legt die Forschung nahe, dass in vielen Ländern Männer über Investitionen und Kredite im Haushalt entscheiden. Man könnte also argumentieren, dass Männer sich sowohl im beruflichen Umfeld als auch im

⁹ Lusardi, A., Mitchell, O. (2014): The Economic Importance of Financial Literacy, *Journal of Economic Literature*, 52(1), 5–44.

¹⁰ Save (Sparen und AltersVersorgE in Deutschland) ist eine eigene Panelumfrage des MEA mit dem Schwerpunkt Sparen und Zukunftsvorsorge. Weitere Informationen: <http://www.mea.mpg.de/index.php?id=315&L=1> (Stand: 28.10.2016). Im Jahr 2009 wurden Fragen zu finanzieller Bildung besonders detailliert erhoben.

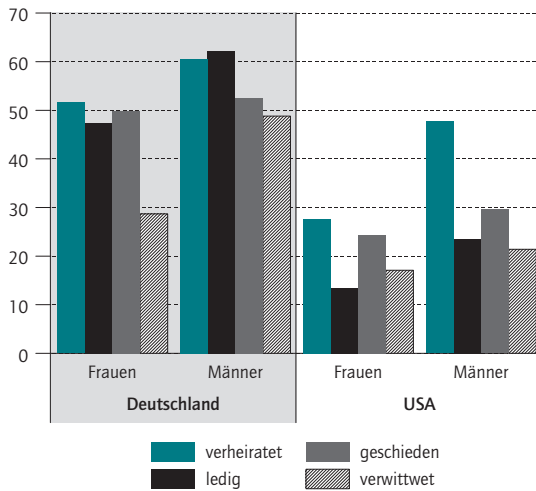
¹¹ Das American Life Panel (ALP) ist ein national repräsentatives, wahrscheinlichkeitsbasiertes Gremium von über 6000 Mitgliedern ab 18 Jahren, die regelmäßig über das Internet zu Forschungszwecken interviewt werden. Für weitere Informationen: <https://alpdata.rand.org/> (Stand: 28.10.2016).

¹² Holst, E., Friedrich, M. (2016), Hohe Führungspositionen: In der Finanzbranche haben Frauen im Vergleich zu Männern besonders geringe Chancen, DIW Wochenbericht Nr. 27.

¹³ Beckmann, D., Menkhoff, L. et al. (2008), Does culture influence asset Managers views and behavior?, *Journal of Behaviour and Organisation*, 67, 624–643.

Abbildung 3

Finanzielle Bildung von Frauen und Männern nach Familienstand



Anmerkung: Prozentangabe der jeweiligen Gruppe, die drei richtige Antworten gegeben hat.

Quelle: Bucher-Koenen et al. (2016).

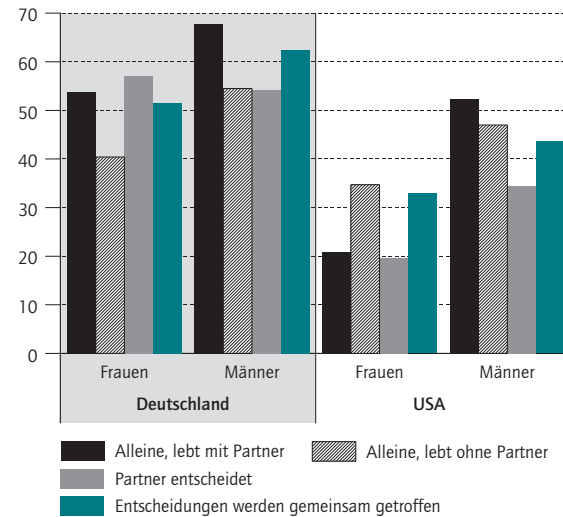
© DIW Berlin 2016

Auch ledige, geschiedene und verwitwete Frauen wissen weniger über Finanzen als Männer in derselben Lebenslage.

Abbildung 4

Finanzielle Bildung nach Finanzverantwortung

Finanzentscheidungen werden getroffen



Anmerkung: Prozentangabe der jeweiligen Gruppe, die drei richtige Antworten gegeben hat.

Quelle: Bucher-Koenen et al. (2016).

© DIW Berlin 2016

Frauen wissen weniger über Finanzen als Männer, egal ob sie Entscheiderinnen sind oder nicht.

Haushalt auf Finanzentscheidungen spezialisieren und so mehr Finanzbildung erlangen.¹⁴

Wenn die Spezialisierung im Haushalt ein Grund für die niedrigere finanzielle Bildung von Frauen gegenüber Männern ist, sollte es den Gender Gap nur bei zusammenlebenden Paaren (verheiratet oder unverheiratet) geben. Studien zeigen aber, dass dies nicht der Fall ist.¹⁵ Zwar wissen verheiratete Frauen sowohl in den USA als auch in Deutschland weniger als verheiratete Männer, aber auch unverheiratete und geschiedene Frauen wissen weniger als unverheiratete und geschiedene Männer (Abbildung 3).¹⁶

Weil der Familienstand nicht unbedingt unabhängig vom Finanzverhalten sein muss, ist es interessant, ob die finanzielle Bildung mit der Verantwortlichkeit für Haushaltsfinanzen zusammenhängt. Teilnahmebedin-

gung für die Befragung in Bangkok war es, selbst für die eigenen Finanzen oder die des Haushalts (mit)verantwortlich zu sein. Für die Befragung wurde niemand aus diesem Grund abgewiesen, was darauf hinweist, dass Frauen in Bangkok gleichermaßen finanzielle Haushaltsentscheidungen treffen wie Männer.

In den Studien aus Deutschland und den USA wurde gefragt, wer über Finanzen im Haushalt entscheidet. Hier gibt es vier Antwortmöglichkeiten: 1) trifft Entscheidungen allein und lebt mit PartnerIn, 2) trifft Entscheidungen allein und lebt ohne PartnerIn, 3) PartnerIn trifft die Entscheidungen, 4) Entscheidungen werden gemeinsam getroffen (Abbildung 4). Es zeigt sich, dass Frauen immer, egal ob sie Entscheiderinnen sind oder nicht, weniger als Männer in derselben Rolle wissen. Die einzige Ausnahme sind Frauen in Deutschland, deren Partner die Entscheidung treffen. Allerdings ist ihr Anteil sehr klein. Die Ergebnisse aus den USA zeigen, dass die finanzielle Bildung von Frauen, die Finanzentscheidungen treffen, zwar höher ist als für Frauen, die keine Finanzentscheidungen treffen. Allerdings bleibt der Gender Gap bestehen. Es zeigt sich also, dass es nicht reicht, wenn Frauen finanzielle Entscheidungen im Haushalt selbst treffen, damit sich die Lücke schließt.

¹⁴ Hsu, J.W. (2015): Aging and Strategic Learning: The impact of Spousal Incentive on Financial Literacy, *Journal of Human Resources*, forthcoming.

¹⁵ Bucher-Koenen et al. (2016), How Financially Literate Are Women? An Overview and New Insights, *Journal of Consumer Affairs*, forthcoming.

¹⁶ Paare, die zusammenleben aber nicht verheiratet sind, werden in diesen Datensätzen nicht gesondert erfasst.

Kulturelle Faktoren können die Rolle der Frau im Finanzbereich stärken und den Gender Gap verkleinern

Es zeigt sich, dass individuelle Unterschiede zwischen Männern und Frauen den Gender Gap nicht vollständig erklären. Deshalb wird im nächsten Schritt untersucht, ob es kulturelle oder länderspezifische Faktoren gibt, die auf individueller Basis nicht messbar sind, aber den Gap und dessen Größe erläutern. Hierfür werden Daten auf Länderebene betrachtet.

Um zu untersuchen, ob länderspezifische Charakteristika den fehlenden Gender Gap in Thailand mitbestimmen, werden zuerst andere Datensätze aus Thailand angeschaut: Die thailändische Zentralbank hat zusammen mit der nationalen statistischen Behörde im Jahr 2013 eine Umfrage zur finanziellen Bildung in Thailand erhoben. Diese Umfrage ist repräsentativ für das Land und zeigt, dass Frauen im Durchschnitt 12,8 und Männer 13,0 von 22 Fragen richtig beantworten. Der zweite Datensatz, ist eine repräsentative Befragung der ländlichen Bevölkerung in der Provinz Buri Ram, die im Nordosten von Thailand liegt. Die Bevölkerung hier besteht zum größten Teil aus Bäuerinnen und Bauern und ist deutlich ärmer als die Stadtbevölkerung in Bangkok. Aber auch hier gibt es keinen signifikanten Unterschied in der finanziellen Bildung von Männern und Frauen. Die Evidenz aus diesen beiden Datensätzen zeigt, dass der Gender Gap möglicherweise auf länderspezifische Faktoren zurückzuführen ist. Im nächsten Schritt wird analysiert, was genau in Thailand, und anderen Ländern ohne Gender Gap, anders ist als in solchen, in denen es diesen Gap gibt.

Eine Möglichkeit ist, dass es keinen Gender Gap in Bezug auf finanzielle Bildung in Thailand gibt, weil Männer und Frauen auch allgemein gleichberechtigt sind. Um diese Hypothese zu testen, werden Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der finanziellen Bildung in mehreren Ländern verglichen und überprüft, ob diese mit Indikatoren korrelieren, welche die Gleichberechtigung von Männern und Frauen messen (Tabelle 1). Dieser Bericht konzentriert sich auf drei verschiedene Indikatoren. Der erste Indikator ist der World Economic Forum Gender Equality Index. Der zweite Indikator ist der Hofstede Masculinity Index, der misst, ob Eigenschaften, die als männlich angesehen werden, in einer Gesellschaft geschätzt werden. Der dritte Indikator ist der Female Leadership Index, der den Anteil der Frauen in Führungspositionen misst und von der Weltbank veröffentlicht wird. Außerdem wird das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) kontrolliert. Der generelle Trend geht bei zwei der drei Indikatoren für allgemeine Gleichberechtigung und dem Gender Gap in die erwartete Richtung. In Ländern, in denen Frauen und Män-

Tabelle 1

Allgemeine Gleichberechtigung und der Gender Gap in der Finanzbildung

	erwartetes Vorzeichen	1 Gender Gap	2 Gender Gap	3 Gender Gap
Gender Equality Index	–	1,073 (7,975)		
Hofstede Masculinity Index	+		–0,063** (0,028)	
Female Leadership Index	–			–0,063 (0,041)
Pro-Kopf-BIP		0,577 (0,422)	0,576 (0,508)	0,764 (0,506)
R ²		0,02	0,07	0,04
Obs.		117	84	101

Anmerkung: Die Abbildung zeigt Korrelationen zwischen drei Gleichstellungsindikatoren und dem Gender Gap. Zusätzlich wird für Pro-Kopf-BIP kontrolliert. *, ** bedeuten signifikante Zusammenhänge bei fünf Prozent und zehn Prozent.

Quelle: Berechnungen der Autoren.

© DIW Berlin 2016

ner gleichberechtigter sind, ist auch der Gender Gap in der Finanzbildung kleiner. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht signifikant. Die Korrelation mit dem Hofstede Index ist sogar unerwartet negativ.

Der Zusammenhang zwischen dem Gender Gap in der Finanzbildung ist schwach, geht aber in die erwartete Richtung. Möglicherweise beinhaltet die Rolle der Frau in manchen Ländern stärker den Umgang mit Finanzen als das in anderen Ländern der Fall ist. Es ist also möglich, dass Frauen in Ländern wie Thailand so sozialisiert sind, dass sie sich mehr mit Finanzen befassen als Frauen in anderen Ländern. Um dies weiter zu untersuchen, werden folgend fünf Aspekte beleuchtet, welche die Rolle der Frau in Bezug auf Finanzen aufzeigen. Dabei wird geschaut, ob diese mit dem Gender Gap korrelieren (Tabelle 2). Wie zuvor wird auch hier das Pro-Kopf-BIP kontrolliert.

Ein erster Indikator ist die Rechenfertigkeit. Finanzielle Bildung ist stark von der Rechenfertigkeit abhängig. Die PISA-Studien zeigen, dass Jungen in den meisten Ländern besser in Mathematik sind als Mädchen.¹⁷ In der im Jahr 2012 veröffentlichten Befragung ist Thailand nur

¹⁷ PISA Ergebnisse 2012, Was 15-Jährige wissen und wie sie dieses Wissen einsetzen können, OECD.

eines von zwei Ländern, in denen Mädchen dabei besser abschneiden als Jungen. Der Zusammenhang zwischen dem Gender Gap und dem Abschneiden bei den PISA-Tests ist zwar positiv, aber widererwartend nicht signifikant (Tabelle 2, Spalte 1).

Wird dieser Gedanke weiter geführt, stellt sich die Frage, ob ein Grund für den Gender Gap der Unterschied im Bildungsniveau von Frauen und Männern sein könnte. Die Korrelation zwischen dem Unterschied im Bildungsniveau, hier gemessen als Unterschied in der Anzahl der Jungen und Mädchen, die eine weiterführende Schule besuchen, ist positiv und signifikant (Tabelle 2, Spalte 2).

Es ist des Weiteren möglich, dass Frauen den Umgang mit Finanzen in einigen Ländern eher als „ihre Aufgabe“ betrachten als in anderen Ländern. Dies würde sich auch in der Wahl der Studienfächer von Frauen zeigen. Der Anteil der Frauen, die einen Universitätsabschluss in Wirtschaftswissenschaften, Jura und Sozialwissenschaften haben, geht in die erwartete Richtung, ist aber nicht signifikant (Tabelle 2, Spalte 3). Diese Zahlen werden von der Weltbank veröffentlicht.

Als letzten Punkt wird die Rolle von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt betrachtet. Mit steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen und steigendem Einkommen, intensiviert sich auch ihr Umgang mit Geld. Das dürfte ihre Finanzbildung verbessern. Betrachtet werden also die Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie die Einkommensgleichheit von Männern und Frauen. Es zeigen sich die erwarteten Vorzeichen: In Ländern, in denen Frauen eher in den Arbeitsmarkt eingebunden sind und über ein ähnliches Einkommen verfügen wie Männer, ist auch der Gender Gap in der Finanzbildung kleiner (Tabelle 2, Spalten 4 und 5).

All diese Ergebnisse zeigen, dass es kulturelle Faktoren in manchen Ländern gibt, welche die Rolle der Frau im Finanzbereich stärken und somit den Gender Gap verkleinern.

Schlussfolgerungen

Die vorliegende Studie untersucht die Ursachen für den Gender Gap in der finanziellen Bildung. Hier werden drei mögliche Ursachen erörtert. (1) Sind Unterschiede in den sozio-demographischen Eigenschaften von Männern und Frauen Ursache für den Gender Gap? (2) Welchen Effekt haben unterschiedliche Erfahrungen im Umgang mit und der Verantwortung für Finanzen? (3) Welche Rollen spielen kulturelle Faktoren, gemessen anhand länderspezifischer Charakteristika? Keine dieser Ursachen allein erklärt den Unterschied in der Finanzbildung von Männern und Frauen vollständig. Eine wichtige Rolle

Tabelle 2

Länderspezifische Charakteristika und der Gender Gap in finanzieller Bildung

	erwartetes Vorzeichen	1	2	3	4	5
		Gender Gap	Gender Gap	Gender Gap	Gender Gap	Gender Gap
PISA-Mathe-Ergebnis Mädchen	–	0,021 (0,019)				
Gender-Gap-Einschreibung weiterführende Schule	+		0,147* (0,07)			
Prozent der Frauen aller AbsolventInnen in Wirtschaftswissenschaften und Jura	–			–0,018 (0,048)		
Erwerbsquote von Frauen	–				0,012 (0,027)	
Einkommensgleichheit	–					0,003 (0,012)
Pro-Kopf-BIP		0,589	0,645 (0,407)	0,574 (0,482)	0,524 (0,365)	0,588 (0,402)
R ²		0,06	0,05	0,01	0,02	0,02
Obs.		58	102	101	136	115

Anmerkung: Die Abbildung zeigt Korrelationen zwischen drei Gleichstellungsindikatoren und dem Gender Gap. Zusätzlich wird für Pro-Kopf-BIP kontrolliert. *, ** bedeuten signifikante Zusammenhänge bei fünf Prozent und zehn Prozent.

Quelle: Berechnungen der Autoren.

© DIW Berlin 2016

spielen länderspezifische Charakteristika und die Kultur eines Landes.

Diese Ergebnisse, besonders die Rolle der Kultur, weisen darauf hin, dass der Unterschied in der Finanzbildung von Männern und Frauen tiefgehend und somit schwer zu reduzieren ist. Trotzdem sollte die Politik versuchen, die finanzielle Bildung im Allgemeinen zu verbessern, aber besonders die von Frauen. Hierfür bietet dieser Bericht drei Ansätze:

Erstens sollte die allgemeine Bildung und die Rechenfertigkeit von Mädchen und Frauen verbessert werden. In vielen Ländern sind Frauen noch weniger gebildet als Männer. Außerdem schneiden Mädchen bei mathematischen Tests schlechter ab als Jungen. Demzufolge würden bessere Allgemeinbildung und Rechenfertigkeit also auch die finanzielle Bildung stärken.

Zweitens sollte im Schulunterricht zum Thema Finanzen stärker versucht werden, das Interesse und das Selbstvertrauen von Mädchen zu stärken, wenn es um Finanzthemen geht. Somit könnte erreicht werden, dass Mäd-

chen schon früh Finanzentscheidungen als „ihre Aufgabe“ betrachten. Dies hätte auch zur Folge, dass Frauen sich später stärker in Haushaltsfinanzentscheidungen einbringen.¹⁸

18 Allerdings muss an dieser Stelle auch gesagt werden, dass Studien, die die Effektivität von speziellen Finanztrainings untersuchen, zeigen, dass die Effekte klein sind und mit der Zeit wieder verschwinden. Vgl. Kaiser, T., Menkhoff, L.: Does financial education impact financial behaviour, and if so when? DIW Working Paper No. 15 62.

Antonia Grohmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | agrohmann@diw.de

Drittens ist es wahrscheinlich, dass sich die finanzielle Bildung von Frauen verbessert, wenn sich auch die Rolle der Frau in der Gesellschaft ändert. Wenn Frauen sich stärker am Erwerbsleben beteiligen und auch verstärkt Berufe ausüben, in denen sie mehr finanzielle Verantwortung tragen, wird auch ihre finanzielle Bildung steigen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen, auch am Arbeitsmarkt, sollte ein generelles Ziel der Politik sein. Sie hätte auch den Effekt, dass sie den Gender Gap in der finanziellen Bildung reduzieren würde.

THE GENDER GAP IN FINANCIAL LITERACY: INCOME, EDUCATION, AND EXPERIENCE ARE ONLY PARTIAL EXPLANATIONS

Abstract: In most countries, women have a lower level of financial literacy than men on average. This report demonstrates that differences in income and education and less experience in financial matters only provide a partial explanation for the gender gap. Data from various countries show that cultural differences may also play a role.

In order to close the gender gap in financial literacy, schools should do a better job of imparting general knowledge and numerical proficiency. Lessons on the subject of finance must attempt to involve girls so they learn to view financial matters as “their job” from an early age. Overall gender equality would also narrow the gender gap in financial literacy.

JEL: D14, J16, D91

Keywords: Financial literacy, Financial Behaviour, Gender Gaps, Individual Characteristics, Societal Norms

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 46/2016:

www.diw.de/econbull





Dr. Antonia Grohmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin

INTERVIEW MIT ANTONIA GROHMANN

»In den meisten Ländern wissen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer über Finanzen«

1. Frau Grohmann, Sie haben den Gender Gap in der finanziellen Bildung untersucht. Wissen Frauen im Allgemeinen mehr oder weniger über Finanzen als Männer?
In den meisten Ländern wissen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer über Finanzen. Ausnahmen sind zum Beispiel Thailand und Russland, aber in 135 von 144 Ländern wissen Frauen weniger über Finanzen als Männer.
2. Wie ist das zu erklären? Es gibt nicht den einen Grund, der diesen Gender Gap erklärt. In unserem Bericht haben wir drei Gründe betrachtet. Das sind zum einen Unterschiede in sozio-demographischen Variablen, wie zum Beispiel dem Einkommen oder der allgemeinen Bildung. Der zweite mögliche Grund ist, dass Frauen möglicherweise weniger Erfahrungen mit Finanzen haben als Männer und weniger Verantwortung für Haushaltsfinanzen übernehmen. Drittens haben wir geschaut, ob es länderspezifische oder kulturelle Gründe gibt, warum Frauen weniger über Finanzen wissen als Männer. Wir können abschließend sagen, dass alle diese drei Gründe den Gender Gap nur zum Teil erklären, aber nicht vollständig. Es ist natürlich möglich, dass es noch weitere Gründe gibt.
3. Wie wird die finanzielle Bildung gemessen? Finanzielle Bildung wird in den meisten Studien mit drei Fragen gemessen, die dann ein Maß für finanzielle Bildung ergeben. Diese drei Fragen sind schon in vielen Ländern verwendet worden. Die erste Frage misst Wissen über Zinsen, die zweite Frage zu Inflation und die dritte Frage misst das Verständnis über Aktien und Fonds, aber auch von Risikodiversifikation.
4. Wie schneiden dabei Frauen im Vergleich zu Männern ab? Das kommt drauf an. Wir haben uns in unserer Studie besonders auf drei Länder konzentriert: auf Deutschland, die USA und auf Daten aus Bangkok in Thailand. Wenn man sich Deutschland und die USA ansieht, fällt auf, dass weniger Frauen als Männer die Fragen richtig beantworten können. Es ist aber auch auffällig, dass in Deutschland der Wissensunterschied zwischen Frauen und Männern größer ist, je schwieriger die Frage wird.

In den USA schneiden Frauen hingegen bei jeder Frage schlechter ab als Männer. Besonders auffällig ist auch, dass es diesen Gender Gap in Bangkok nicht gibt. Hier schneiden Frauen und Männer bei jeder Frage gleich gut ab. Das wird zum Teil daran liegen, dass Frauen in Bangkok oft finanzielle Verantwortung im Haushalt übernehmen.

5. Inwieweit spielen traditionelle Rollenmuster eine Rolle?
Rollenmuster werden nicht der einzige Grund sein. Wenn das so wäre, dürften bei nicht verheirateten Männern und Frauen keine Unterschiede in der finanziellen Bildung zu finden sein. Dies ist aber nicht der Fall. Wenn wir unverheiratete Männer mit unverheirateten Frauen vergleichen, dann schneiden unverheiratete Männer immer noch besser ab als unverheiratete Frauen.
6. Wie fallen die Ergebnisse aus, wenn man nach Bildung und Einkommen unterscheidet? Wir haben untersucht, ob der Gender Gap in der finanziellen Bildung dadurch verursacht werden könnte, dass Frauen vielleicht weniger gebildet sind oder weniger verdienen. Hier kann man sehen, dass der Gender Gap zwischen Männern und Frauen mit hoher Bildung und hohem Einkommen kleiner ist, aber er verschwindet nicht.
7. Was könnte getan werden, um die Finanzbildung von Frauen zu erhöhen? Das ist sicher nicht ganz einfach. Erstens sollte man die Bildung und die Rechenfähigkeit von Mädchen verbessern. Die PISA-Studien zeigen, dass Mädchen in den meisten Ländern in den Mathematik-Tests schlechter abschneiden als Jungen. Zweitens könnte man finanzielle Bildung schon in der Schule anbieten und dabei verstärkt versuchen, das Interesse von Mädchen zu wecken. Die dritte Möglichkeit, die ich sehe, ist die allgemeine Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern voranzutreiben. Wenn Frauen stärker am Arbeitsmarkt eingebunden sind und mehr Geld verdienen, wird sich auch ihr Umgang mit Finanzen intensivieren.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/mediathek

IT und Kommunikationstechnologien dominieren die Freizeit von Jugendlichen

Von Sandra Bohmann und Jürgen Schupp

Jugendliche gestalten ihre Freizeit heute deutlich anders als noch vor fünfzehn Jahren. Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien ist zur bedeutendsten Freizeitbeschäftigung für sie geworden. Auf repräsentativer statistischer Basis lässt sich anhand von Daten der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) belegen, dass Internet- und PC-bezogene Freizeitbeschäftigungen heute für über 95 Prozent aller 17-Jährigen eine wichtige Rolle spielen, ungeachtet des Geschlechts. Trotz der mittlerweile in nahezu allen sozialen Schichten vorhandenen Verbreitung von Internet- und PC-bezogenen Technologien unterscheiden sich die Nutzungsmuster der Jugendlichen systematisch entlang einiger sozio-demographischer Merkmale. So ist etwa ein geringes Haushaltseinkommen ausschlaggebend für die Nutzung des Internets, aber nicht für die Aktivität in sozialen Netzwerken und die Beschäftigung mit Computerspielen. Während letzteres eine Männerdomäne bleibt, sind keine Geschlechterunterschiede in der Nutzung des Internets und sozialer Netzwerke zu verzeichnen. Dafür ist hier der Bildungsweg ein entscheidendes Differenzierungsmerkmal: Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sind mit höherer Wahrscheinlichkeit täglich in sozialen Netzwerken aktiv als gleichaltrige Real- und Hauptschülerinnen und -schüler. Aufgrund der Dominanz der Technik in der jugendlichen Lebenswelt hat auch die Politik und insbesondere die Bildungspolitik mittlerweile Handlungsbedarf erkannt und hat eine Bildungsoffensive angekündigt, um den souveränen Umgang mit der Technik und den Risiken digitaler Kommunikation in allen sozialen Schichten und auf allen Bildungsniveaus zu stärken und Lernen mittels der neuen Möglichkeiten digitaler Medien künftig stärker zu nutzen.

Die Digitalisierung der Lebenswelt der Jugendlichen ist im öffentlichen Raum, den Schulen und den Familien nicht mehr übersehbar. Keine andere Freizeitgestaltungsmöglichkeit hat in den letzten 15 Jahren eine derart dynamische Entwicklung erlebt wie elektronische Unterhaltungsmedien, allen voran das Internet sowie Internetbasierte Chats, Spiele und die Nutzung sozialer Netzwerke. Wie sehr der technologische Fortschritt den Alltag der Jugendlichen verändert hat, inwiefern strukturelle Unterschiede in der Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien entstanden sind und wie sich diese über die Zeit verändert, wird im vorliegenden Bericht anhand der Daten der Längzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) zu Jugendlichen für den Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2014 dargestellt.

PC- und Internetbasierte Freizeitbeschäftigungen sind zur wichtigsten Freizeitbeschäftigung für Jugendliche avanciert

Unter den jeweils 17-Jährigen, die von 2012 bis 2014 befragt wurden, gaben nahezu alle an, mindestens einer IT-bezogenen Freizeitaktivität täglich oder wöchentlich nachzugehen (Abbildung 1). Anfang der 2000er Jahre taten dies nur etwas mehr als die Hälfte der 17-Jährigen. Der Blick auf die konkreten IT-bezogenen Freizeitaktivitäten, mit denen sich die Jugendlichen beschäftigen, zeigt, dass der markante Anstieg dieses Freizeitbereichs in erster Linie auf die vermehrte Nutzung des Internets zum Surfen und Chatten sowie auf die Nutzung sozialer Netzwerke zurückzuführen ist. Die Rate derer, die mindestens wöchentlich am PC spielen, ist hingegen bei etwa der Hälfte der Jugendlichen seit Anfang der 2000er relativ konstant geblieben und zuletzt sogar leicht gesunken.

Dass die oben dargestellte Entwicklung vor allem darauf basiert, dass sich immer mehr Jugendliche täglich mit IT- und kommunikationsbezogenen Freizeitaktivitäten beschäftigen, unterstreicht die mittlerweile vorherrschende hohe Alltagsrelevanz der PC- und Internettechnologie. Während vor 15 Jahren nicht einmal 30 Prozent der Jugendlichen täglich mit Computern zu tun hatten, gaben 85 Prozent derer, die zwischen 2012 und

Kasten 1

Datengrundlage

Als Datengrundlage dient das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)¹ und insbesondere der Jugendfragebogen. Im Rahmen dieser Längsschnittstudie befragt Kantar Public (ehemals TNS Infratest Sozialforschung) im Auftrag des DIW Berlin seit 1984 jährlich eine repräsentative Stichprobe von Haushalten in Deutschland. Aktuell nehmen an der Befragung über 20.000 Personen in über 11.000 Haushalten teil.

Daten zu Jugendlichen im 18. Lebensjahr

Seit 2000 erhalten Jugendliche im 18. Lebensjahr einen eigenen Fragebogen, in dem sie auch um Angaben zu ihrem Freizeitverhalten und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien gebeten werden. Insgesamt haben bisher 6 081 17-Jährige der Geburtsjahrgänge 1984–1997 diesen Fragebogen ausgefüllt. Davon haben circa 5 220 Jugendliche Angaben zu ihrer Freizeitgestaltung gemacht. Der vorliegende Bericht verwendet alle zur Verfügung stehenden Jahrgänge, um zeitliche Trends abbilden zu können. Für einige der Analysen wurden mehrere Geburtsjahrgänge zu Kohorten zusammengefasst. Diese Zusammenfassung erlaubt es, zeitliche Trends solide abzubilden (Tabelle 1). Hochrechnungsfaktoren ermöglichen es, die

Daten jeweils so zu gewichten, dass sie repräsentativ sind und sich für die Jugendlichen der jeweiligen Geburtsjahrgänge zum Zeitpunkt ihrer Angaben verallgemeinern lassen.

Tabelle 1

Einteilung der Kohorten nach Geburtskohorten und Befragungsjahren

	Befragungsjahrgänge			
	Kohorte 1	Kohorte 2	Kohorte 3	Kohorte 4
Geburtskohorten	2001–2003	2004–2007	2008–2011	2012–2014
Kohorte 1: 1984 bis 1986	1 027			
Kohorte 2: 1987 bis 1990		1 386		
Kohorte 3: 1991 bis 1995			1 434	
Kohorte 4: 1995 bis 1997				1 673

Quelle: SOEP v.31, 17-Jährige.

© DIW Berlin 2016

Die Einteilung in Kohorten erlaubt es, zeitliche Trends zu beobachten.

2014 befragt wurden, an, sich täglich mit PC oder Internet zu beschäftigen. In sozialen Netzwerken aktiv zu sein, anderweitig im Internet zu surfen oder zu chatten, sind mittlerweile die wichtigsten Freizeitaktivitäten für Jugendliche und haben dem Fernsehen, welches jahrelang die tägliche Freizeitgestaltung der Jugendlichen dominiert hatte, den ersten Platz abgerungen. Fernsehen scheint vermehrt zu einer Freizeitaktivität zu werden, die wöchentlich oder seltener ausgeführt wird.¹

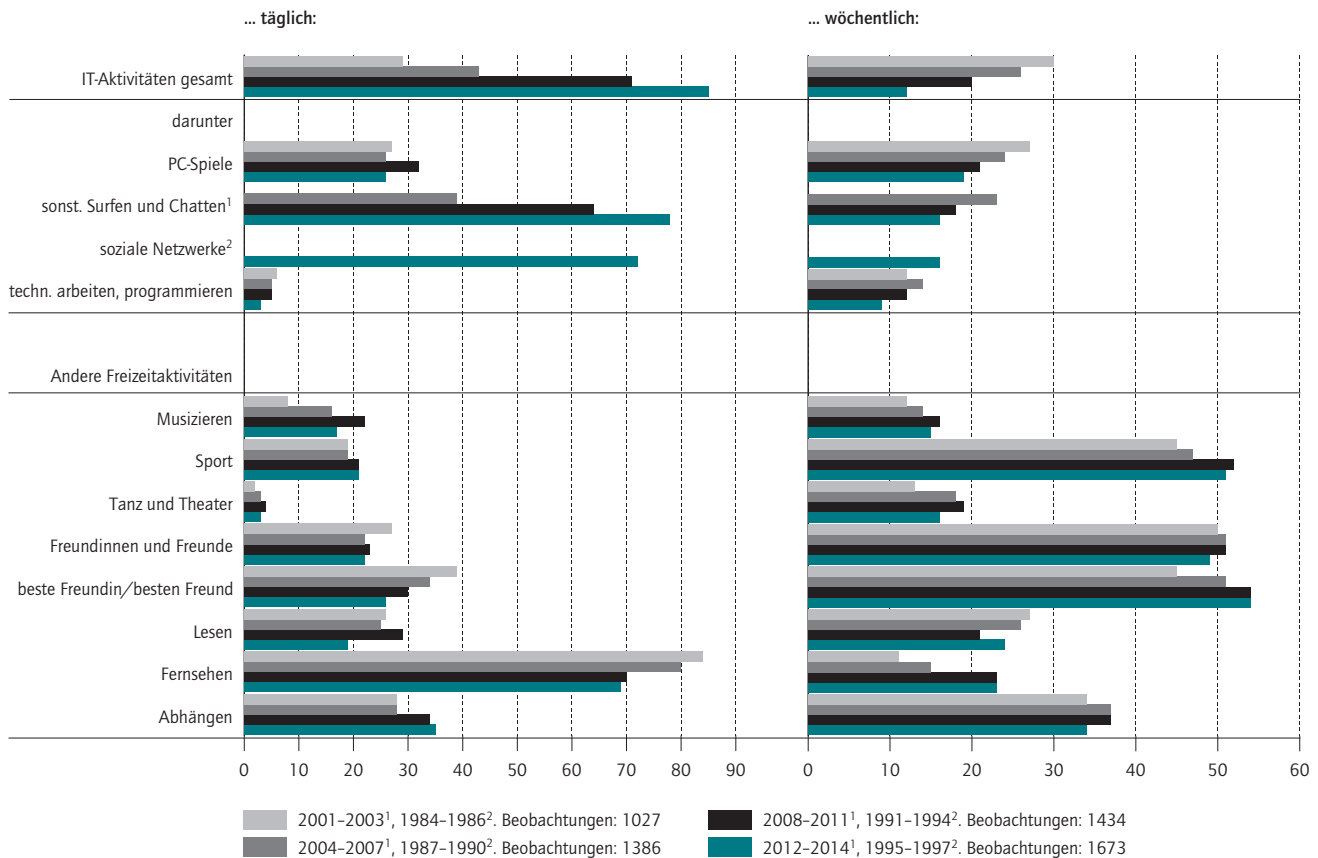
Während die im SOEP erhobenen Daten nur über den Anteil einer täglichen Nutzung Aufschluss geben, zeigt der Vergleich der jüngsten Zeitverwendungserhebung des Statistischen Bundesamtes, die 2012 und 2013 durchgeführt wurde, mit der letzten Zeitverwendungserhe-

bung von 2001/2002 (Tabelle 1), dass nicht nur der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die sich in ihrer Freizeit mit IT und Kommunikationstechnologien beschäftigen, gestiegen ist, sondern auch die zeitliche Dauer, die Jugendliche täglich mit den Technologien verbringen. Diese ist von durchschnittlich rund vier Stunden bei Jungen und drei Stunden bei Mädchen um jeweils rund eine halbe Stunde angestiegen.² Auch hier wird bestätigt, dass andere Medien wie das Fernsehen weniger genutzt werden als früher.

¹ Die Daten des SOEP lassen allerdings keine Aussage darüber zu, inwiefern Jugendliche „klassisches Fernsehen“ durch Fernsehen über das Internet ersetzen.

² Beim Vergleich mit den Angaben im SOEP ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Altersgruppe bei der Zeitverwendungsstudie eine größere Altersvariation der 10- bis 17-Jährigen umfasst.

Abbildung 1

Entwicklung zwischen 2001 und 2014 des Anteils der 17-Jährigen, die bestimmte Freizeitaktivitäten ausführen ...

¹ zusammengesetzt aus verschiedenen Fragestellungen: Häufigkeit von im Internet surfen und chatten (gefragt 2006-2013), sonstiges Surfen im Internet (gefragt seit 2014) (gefragt seit 2013).

² Für Kohorten gruppiert, Angaben in Prozent.

Angaben separat für vier Kohorten mit den Befragungsjahren 2001-2003 (geboren 1984-1986), 2004-2007 (geboren 1987-1989), 2007-2010 (geboren 1990-1993) und 2011-2014 (geboren 1994-1997).

Quelle: SOEP v.31, 17-Jährige; gewichtet, Berechnungen der Autoren.

© DIW Berlin 2016

Traditionelle Freizeitbeschäftigungen im sportlichen, musischen und kulturellen Bereich scheinen leicht unter der Dominanz der neuen Medien zu leiden.

Klassische Freizeitbeschäftigungen sind für die jüngste Kohorte leicht gesunken

Die Beteiligung an sportlichen, musischen und kulturellen Freizeitangeboten ist nach einem kontinuierlichen Anstieg seit Beginn der Befragungen der Jugendlichen im SOEP³ im Jahr 2000 für die jüngste Kohorte, deren Daten in den Jahren von 2012 bis 2014 ermittelt wurden, erstmals leicht gesunken, liegt aber immer noch deutlich über dem Niveau, das zu Beginn der Befragungen zu beobachten war. Während im Zeitraum von 2001

bis 2003 jeder fünfte Jugendliche mindestens wöchentlich musizierte, erhöhte sich der Anteil der musizierenden 17-Jährigen auf fast ein Drittel für die Jahre 2012 bis 2014. Ein Anstieg ist auch bei sportlichen Aktivitäten zu beobachten, die mittlerweile von fast drei Viertel aller Jugendlichen mindestens wöchentlich ausgeübt werden.⁴

Die hier präsentierten Analysen lassen freilich keine direkten Rückschlüsse darüber zu, ob diese Entwicklung mit dem Anstieg der Internetbezogenen Freizeitaktivitäten zusammenhängt. Da aber neben den musisch-sport-

³ Vgl. Hille, A., Arnold, A. und Schupp, J. (2013): Freizeitverhalten Jugendlicher: Bildungsorientierte Aktivitäten spielen eine immer größere Rolle. DIW Wochenbericht Nr. 40, 15-25.

⁴ Cabane, C., Hille, A. und Lechner, M. (2016): Mozart or Pelé? The effects of adolescents' participation in music and sports. Labour Economics 41, 90-103.

Tabelle 1

Durchschnittliche Zeitverwendung von 10- bis 17-Jährigen je Tag nach ausgewählten Aktivitäten und Personenmerkmalen

Auswertung nach Geschlecht, 2001/2002 und 2012/2013 im Vergleich

	Männlich						Weiblich					
	Alle		Ausübende		Beteiligungsgrad		Alle		Ausübende		Beteiligungsgrad	
	2001/ 2002	2012/ 2013	2001/ 2002	2012/ 2013	2001/ 2002	2012/ 2013	2001/ 2002	2012/ 2013	2001/ 2002	2012/ 2013	2001/ 2002	2012/ 2013
	Std : Min				Prozent		Std : Min				Prozent	
PC und Smartphone Nutzung	01:12	01:26	04:07	04:31	29,1	31,7	00:33	00:47	03:07	03:21	17,6	23,4
Computerspiele	0:56	0:58	2:06	2:17	44,4	42,5	0:16	0:15	1:18	1:20	20,0	18,5
Computer und Smartphone darunter:	0:13	0:24	1:38	1:38	13,3	24,8	0:09	0:25	1:12	1:21	12,8	30,1
Informationsgewinn	0:05	0:08	1:29	1:22	6,1	9,4	0:04	0:08	1:03	1:13	6,0	10,7
Kommunikation	(0:01)	0:06	(1:08)	1:15	(1,2)	8,5	(0:01)	0:08	(0:40)	1:04	(3,0)	12,4
Telefonate ¹ und SMS	0:03	0:04	0:23	0:36	12,7	11,2	0:08	0:07	0:37	0:40	22,5	17,8
Lesen (auch elektronisch)	0:20	0:16	1:01	1:04	32,4	25,9	0:28	0:26	1:06	1:12	42,9	35,6
Nutzung anderer Medien (Fern- sehen, Video, DVD, Radio, Musik)	02:08	01:51	03:23	03:15	63,1	56,9	02:08	01:46	03:18	03:07	64,6	56,7
Fernsehen, Video und DVD	1:58	1:42	2:30	2:17	78,3	73,9	1:54	1:36	2:23	2:11	79,7	73,3
Radio, Musik oder andere Tonauf- nahmen hören	0:10	0:09	0:53	0:58	18,2	15,2	0:14	0:10	0:55	0:56	24,7	17,8
Sport, körperliche Bewegung	0:47	0:44	2:04	2:04	37,7	35,8	0:33	0:29	1:43	1:46	31,7	26,9
Gespräche	0:23	0:26	0:55	0:58	41,4	45,5	0:34	0:37	1:05	1:06	52,5	55,6
Ehrenamt, freiwilliges Engagement	(0:03)	(0:03)	(2:25)	(2:17)	(1,9)	(2,4)	(0:03)	(0:03)	(2:10)	(2:03)	(2,0)	(2,3)

Die Tabelle zeigt, wie viele Stunden pro Tag Jungen und Mädchen zwischen zehn und 17 Jahren in Deutschland im Schnitt mit verschiedenen Aktivitäten verbringen. Die erste Spalte (alle) gibt die mittlere Zeitverwendung für alle Mädchen und Jungen an, während die zweite Spalte die mittlere Zeitverwendung für diejenigen angibt, die die Aktivität tatsächlich ausführen. Die dritte Spalte (Beteiligungsgrad) gibt an, wieviel Prozent der Befragten die entsprechenden Aktivitäten tatsächlich ausführen.

() = Aussagekraft eingeschränkt, da der Zahlenwert aufgrund der geringen Anzahl an Tagebuchtagen (50 bis unter 200 Tagebuchtage) statistisch relativ unsicher ist.

1 Telefonate beinhalten auch Telefonate über Festnetz.

Quelle: Zeitverwendungserhebung 2012/2013 Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Tabellenwerk (Tabelle 9.8)

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/Zeitverwendung5639102139005.xlsx>

© DIW Berlin 2016

10- bis 17-Jährige verbringen immer mehr Stunden täglich mit dem PC und dem Smartphone, die Nutzung anderer Medien ist hingegen rückläufig.

lichen Aktivitäten auch der Anteil der Jugendlichen, die angeben, in ihrer Freizeit täglich „einfach abzuhängen“, angestiegen ist, bleibt es weitergehenden Analysen vorbehalten, die zugrunde liegenden Veränderungen hinsichtlich einer vermeintlichen zeitlichen „Überlastung“⁵ bei Jugendlichen zu überprüfen.

Immer weniger Jugendliche lesen in ihrer Freizeit

Die Daten des SOEP belegen auch, dass immer weniger Jugendliche in ihrer Freizeit lesen. Sowohl tägliches als auch wöchentliches Lesen hat im Beobachtungszeit-

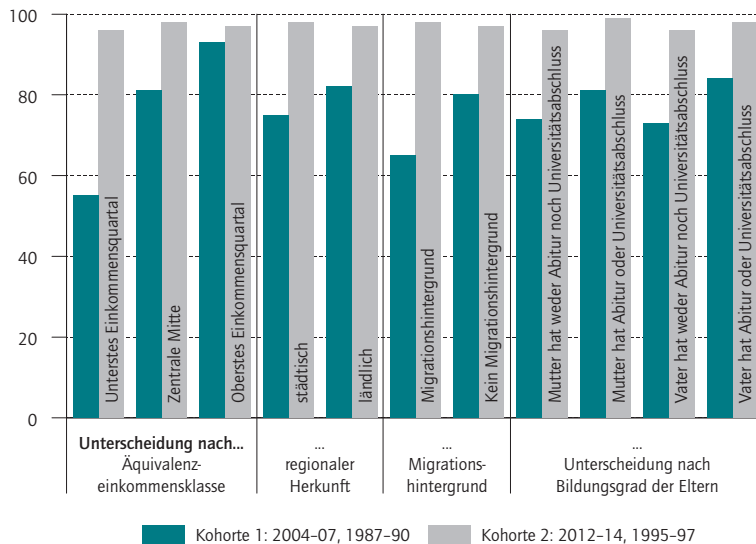
raum abgenommen. Der Anteil der 17-Jährigen unserer ältesten, von 1984 bis 1986 geborenen Kohorte, die mindestens wöchentlich gelesen hat, lag bei damals 53 Prozent. Er ist bei den von 1995 bis 1997 Geborenen auf 43 Prozent gesunken. Zwar ist es möglich, dass Jugendliche heute vermehrt online lesen, aber der simultane Zuwachs derer, die angeben, nie zu lesen, deutet darauf hin, dass tatsächlich insgesamt weniger gelesen wird. Die Daten der Zeitverwendungserhebung, welche auch Lesen in elektronischen Medien abdecken, bestätigen den im SOEP beobachtbaren Rückgang in der Beteiligungsquote am Lesen, zeigen jedoch auch, dass diejenigen, die tatsächlich lesen, im Jahr 2012/2013 wie zehn Jahre zuvor durchschnittlich rund eine Stunde täglich damit verbringen.

⁵ Vgl. Minkmar, N. (2013): Die Überforderung der Kindheit. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 7. 2013.

Abbildung 2

Anteil der Jugendlichen mit Internetanschluss im Haushalt

Angaben in Prozent



Zeigt den Anteil der Jugendlichen die mindestens eine IT-bezogene Freizeitaktivität täglich ausführen, getrennt für die erste Kohorte (Geburtsjahrgänge 1984–1986), die zweite Kohorte (Geburtsjahrgänge 1987–1990) und die letzte Kohorte (Geburtsjahrgänge 1994–1997).

Folgende IT-bezogenen Freizeitaktivitäten wurden in den entsprechenden Kohorten abgefragt:

a) PC-Spiele spielen, technisches Arbeiten und Programmieren;

b) PC-Spiele spielen, technisches Arbeiten und Programmieren, im Internet surfen und chatten;

c) PC-Spiele spielen, technisches Arbeiten und Programmieren, im Internet surfen und chatten (für 2012 und 2013);

in sozialen Netzwerken surfen (ab 2013), sonstiges Surfen im Internet (ab 2014).

Kohorte 3: selbe IT-bezogene Freizeitaktivitäten abgefragt wie in Kohorte 2, deshalb hier nicht extra aufgeführt. Signifikanzniveau (ungewichtete Differenzhypothese): * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$

Sozio-ökonomische und regionale Zugangskluft im Vergleich für Kohorte 2 und Kohorte 4 (für Kohorte 1 sind keine Daten vorhanden).

Quelle: SOEP v.31, 17-Jährige; gewichtet, Berechnungen der Autoren.

© DIW Berlin 2016

Die Zugangskluft ist weitestgehend überwunden.

Persönliche soziale Kontakte in der Freizeit nehmen weiterhin ab

Seit Beginn der Befragung hat der Anteil der Jugendlichen, die sich täglich oder zumindest wöchentlich mit Freundinnen oder Freunden oder der besten Freundin beziehungsweise dem besten Freund treffen, leicht abgenommen. In den Jahren von 2001 bis 2003 gehörte diese Aktivität für 27 Prozent (39 Prozent) noch zur täglichen Freizeitbeschäftigung, im Zeitraum von 2012 bis 2014 war das nur noch für 22 Prozent (26 Prozent) der 17-Jährigen der Fall.

Daraus kann man jedoch nicht direkt schließen, dass die zunehmende Digitalisierung der Freizeit mit sozialer Isolation einhergeht. So gaben immerhin drei Viertel der jüngsten Kohorte an, täglich zu chatten, ander-

weitig zu surfen und in sozialen Netzwerken unterwegs zu sein. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass Jugendliche über das Netz heute mehr miteinander interagieren. Ob die sozialen Netzwerke jedoch wirklich zur Interaktion genutzt werden oder lediglich einer eher senderorientierten Selbstdarstellung dienen, kann aus den Befragungsdaten des SOEP nicht direkt beobachtet werden. Die Jugendlichen mögen zwar über das Internet vermehrt miteinander in Kontakt stehen, die Art und Qualität dieser bildschirmvermittelten Beziehung dürfte jedoch eine andere sein, als die Beziehungen, die sich durch persönliche Interaktion entwickeln.⁶ Da der Anteil der Jugendlichen, die angeben, nie Freundinnen und Freunde zu treffen, über den gesamten Beobachtungszeitraum konstant unter zwei Prozent liegt, finden sich keine Belege für die Annahme, dass soziale Kontakte vollständig durch die neuen Technologien verdrängt worden seien.⁷

Eine digitale Spaltung besteht in der Nutzung fort

Bis vor 15 Jahren stand die digitale Spaltung, im Sinne differentiellen Zugangs zu privaten PCs und dem Internet, im Zentrum der Debatte um strukturelle Unterschiede in der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Während zu Beginn der 2000er Jahre Personen und Jugendliche aus einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten seltener einen eigenen Computer und Zugang zum Internet besaßen,⁸ wurde die digitale Spaltung im Sinne einer Zugangskluft in den vergangenen zwei Jahrzehnten, zumindest was die Jugendlichen betrifft, weitestgehend überwunden und ist aktuell nicht mehr erkennbar.

Statistisch signifikante Unterschiede nach Haushaltseinkommen, Bildungsgrad der Eltern und Migrationshintergrund, die in der zweiten Kohorte noch vorhanden waren, sind für die jüngste Kohorte praktisch nicht mehr feststellbar (Abbildung 2). Nahezu alle Jugendlichen haben heute in ihrem Haushalt Zugang zum Internet. Dennoch haben in der jüngsten Kohorte der 17-Jäh-

⁶ Für eine kritische Diskussion des Effektes von bildschirmvermittelten sozialen Interaktionen auf soziale Beziehungen, siehe Kapitel III.2 in Rosa, H. (2016): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung. Suhrkamp Verlag.

⁷ Eine SOEP-Studie findet keine Belege dafür, dass Jugendliche, die in Deutschland nach der Wende zunächst keinen Zugang zum Internet hatten, über mehr soziale Kontakte verfügen als andere, vgl. Bauernschuster, S., Falck, O. und Woessmann, L. (2011): Surfing alone? The internet and social capital: Evidence from an unforeseeable technological mistake. Journal of Public Economics 117(C), 73–89.

⁸ Vgl. dazu Haiken-DeNew, J.P., Pischner, R., Wagner, G.G. (2000): Computer- und Internetnutzung hängen stark von Einkommen und Bildung ab: Geschlechtsspezifische Nutzungsunterschiede in der Freizeit besonders ausgeprägt. DIW Wochenbericht Nr. 67, 670–675; Haiken-DeNew, J. P., Pischner, R., Wagner, G.G. (2001) Private Internet-Nutzung: Bildung und Einkommen auch bei Jugendlichen von großer Bedeutung. DIW Wochenbericht Nr. 68, 619–623.

rigen, die 2012 bis 2014 befragt wurden, immer noch etwas mehr Jugendliche aus wirtschaftlich schwachen Haushalten keinen Zugang zum Internet als Jugendliche aus den drei oberen Einkommensquartilen⁹. Eine besonders hohe Zugangsquote weisen Jugendliche auf, deren Mutter das Abitur oder einen höheren Bildungsabschluss hat. Die jüngste Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2015¹⁰ zeigt, dass die soziale Herkunft statistisch signifikant bleibt, wenn man nicht nur den Zugang zum Internet, sondern auch die Anzahl der Kanäle zum Internet betrachtet. Umso höher die soziale Herkunft, desto mehr Zugangskanäle zum Internet stehen den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung. Auch wenn die Zugangs-kluft auf sehr hohem Niveau fortbesteht, wird sie im Allgemeinen als weitestgehend überwunden betrachtet.¹¹

Seit einigen Jahren steht stattdessen die sogenannte „digitale Ungleichheit“ im Zentrum der Debatte. „Digitale Ungleichheit“ beschreibt das Phänomen, dass sich das Nutzungsverhalten digitaler Medien im Hinblick auf Häufigkeit und Zweck der Verwendung, sowie die Art der Fähigkeiten, die dabei erworben werden, zwischen verschiedenen demographischen Gruppen systematisch unterscheidet. Bereits vor zehn Jahren konnte anhand der SOEP Daten für Erwachsene gezeigt werden, dass die Computer- und Internetnutzung stark mit dem Bildungsniveau variiert.¹²

Vergleicht man, differenziert nach sozio-demographischen Merkmalen, den Anteil der Jugendlichen, die täglich mindestens eine IT-bezogenen Freizeitaktivität¹³ ausführen, über die Kohorten hinweg, zeigt sich, dass sich

strukturelle Nutzungsunterschiede in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert haben (Tabelle 2).

Keine Geschlechterunterschiede mehr in der Nutzung des Internets ...

Während in der ältesten und zweitältesten Kohorte, die hier untersucht werden, Jungen noch einen wesentlich größeren Teil ihrer Freizeit mit IT-bezogenen Freizeitaktivitäten verbrachten, ist der Geschlechterunterschied in der täglichen Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der jüngsten Kohorte nicht mehr statistisch signifikant. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass beide Geschlechter gleich häufig im Internet surfen und chatten und sich in sozialen Netzwerken engagieren. Beim Computerspielen haben nach wie vor die Jungen die Nase vorn (siehe auch Kasten „Stressbewältigung“). Dieses Ergebnis ist vor allem deshalb relevant, weil der Wunsch, einen Beruf in der IT-Branche zu erlernen, nur mit der Häufigkeit von PC-Spielen, nicht aber mit der Häufigkeit der anderen Internetbasierten Freizeitaktivitäten korreliert ist.

... aber der soziale Status des Elternhauses macht einen Unterschied

Der Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Nutzung der modernen Medien hat sich auch stark gewandelt. Während in den älteren Kohorten der Anteil der Jugendlichen, die täglich PC- und Internetbezogene Freizeitaktivitäten ausführen, mit dem Haushaltseinkommen gestiegen ist, ist in der jüngsten Kohorte die größte Beteiligungsquote in der Mitte der Einkommensverteilung zu finden. Außerdem haben in der jüngsten Kohorte deutlich weniger Jugendliche aus dem obersten Einkommensquartil angegeben, sich täglich mit den neuen Medien zu beschäftigen als Jugendliche der unteren drei Einkommensquartile. Die geringere Beteiligung der Jugendlichen aus einkommensschwächeren Haushalten war zu Beginn der 2000er Jahre in erster Linie auf die geringeren finanziellen Möglichkeiten und spätere Adaption moderner Technologien durch einkommensschwache Haushalte zurückzuführen.¹⁴ Die geringere Beteiligung der Jugendlichen aus den einkommensstarken Haushalten heute ist jedoch eher darauf zurückzuführen, dass gerade diese Jugendlichen besonders hohe Beteiligungsquoten in vielen anderen, eher strukturierten und bildungsorientierten Freizeitangebo-

⁹ Für die Erstellung der Einkommensquartile wurde zuerst das Äquivalenzeinkommen berechnet. Dafür wird das gesamte Haushaltseinkommen addiert und mithilfe einer Bedarfsskala, die die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen und deren Alter berücksichtigt, für die Struktur des Haushaltes angepasst. Auf diese Weise kann die Einkommenssituation von Haushalten mit verschiedener Größe und Zusammensetzung verglichen werden. Die Haushalte wurden dann entsprechend ihrem Äquivalenzeinkommen vier Quartilen zugeordnet (Oberstes Quartil mit den höchsten Äquivalenzeinkommen, die beiden mittleren Quartile, die hier zur „zentralen Mitte“ zusammengefasst wurden, und das niedrigste Einkommensquartil mit den geringsten Äquivalenzeinkommen).

¹⁰ Albert, M., Hurrelmann, K., Quenzel, G. (2015): Shell-Jugendstudie. TNS Infratest S. Jugend.

¹¹ Vgl. Kutscher, N., Otto, H.-U. (2010): Digitale Ungleichheit – Implikationen für die Betrachtung digitaler Jugendkulturen. In: Hugger, K.-U.: Digitale Jugendkulturen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 73–87 sowie Kapitel 5 in Zillien, N. (2009): Digitale Ungleichheit – Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 90–125.

¹² Erwachsene mit höherem Bildungsniveau adaptierten neue Technologien schneller und nutzen sie eher zu Bildungs- und Informationszwecken als zu Freizeit Zwecken. Vgl. Korupp, S. E., Künemund, H., Schupp, J. (2006): Digitale Spaltung in Deutschland: geringere Bildung: seltener am PC. DIW Wochenbericht Nr. 19, 289–294.

¹³ Zu den IT-bezogenen Freizeitaktivitäten, die hier gemessen wurden, zählen das Spielen von Computerspielen, Surfen im Internet, Chatten und die Aktivität in sozialen Netzwerken. Allerdings wurden einige der Aktivitäten erst in spätere Befragungsjahren abgefragt. Siehe dazu auch die Fußnote der Tabelle 2.

¹⁴ Haiken-DeNew, J.P. et al. (2000), DIW Wochenbericht Nr. 67, a. a. O.; außerdem ist zu beachten dass viele PC-Spiele zu Beginn der 2000er Jahren mit relativ hohen Hard- und Softwareanforderungen verknüpft waren, sodass das Hobby „PC-Spielen“ schnell relativ kostspielig werden konnte, während eine Vielzahl der in den jüngeren Kohorten abgefragten Aktivitäten am PC (oder Smartphone), wie etwa Chatten und soziale Netzwerke benutzen, mit nahezu allen Endgeräten ausgeführt werden kann.

Tabelle 2

Anteil der Jugendlichen, die mindestens eine IT-bezogene Freizeitaktivität täglich ausführen, getrennt nach sozialer Herkunft und Kohorten

Angaben in Prozent

Befragungsjahre	2000–2003 ^a			2004–2007 ^b			2012–2014 ^c		
Geburtskohorten	1984–1986			1987–1990			1994–1997		
	%	N	sign	%	N	sign	%	N	sign
Gesamt	29	990		43	1358		85	1655	
Unterscheidung nach Geschlecht									
Mädchen	8	504	***	25	671	***	84	840	
Jungen	48	486		59	687		86	815	
Unterscheidung nach Bildung der Eltern									
Mutter hat weder Abitur noch Universitätsabschluss	28	709		41	934	*	86	1004	
Mutter hat Abitur oder Universitätsabschluss	30	281		46	424		83	651	
Vater hat weder Abitur noch Universitätsabschluss	30	648		43	848		87	870	*
Vater hat Abitur oder Universitätsabschluss	26	342		42	510		83	785	
Unterscheidung nach besuchter Schulart bzw. Schulabschluss									
Hauptschule oder Realschule	27	320		43	448		86	457	***
Berufsschule	27	206		39	230		78	270	
Gymnasium	30	333		44	518		88	664	***
Unterscheidung nach Äquivalenzeinkommensklasse									
Unterstes Einkommensquartil	21	239	**	39	314		86	353	
Zentrale Mitte	30	500	***	43	632	*	88	813	*
Oberstes Einkommensquartil	36	251	*	46	412		81	489	***
Unterscheidung nach Migrationshintergrund									
Migrationshintergrund	23	209	**	40	284		85	444	
kein Migrationshintergrund	31	781		43	1074		85	1208	

Zeigt den Anteil der Jugendlichen, die mindestens eine IT-bezogene Freizeitaktivität täglich ausführen, getrennt für die erste Kohorte (Geburtsjahrgänge 1984–1986), die zweite Kohorte (Geburtsjahrgänge 1987–1990) und die letzte Kohorte (Geburtsjahrgänge 1994–1997).

Folgende IT-bezogenen Freizeitaktivitäten wurden in den entsprechenden Kohorten abgefragt.

a PC-Spiele spielen, technisches Arbeiten und Programmieren

b PC-Spiele spielen, technisches Arbeiten und Programmieren, im Internet surfen und chatten

c PC-Spiele spielen, technisches Arbeiten und Programmieren, im Internet surfen und chatten (für 2012 und 2013); in sozialen Netzwerken surfen (ab 2013), sonstiges surfen im Internet (ab 2014)

Kohorte 3: selbe IT-bezogene Freizeitaktivitäten abgefragt wie in Kohorte 2, deshalb hier nicht extra aufgeführt.

Signifikanzniveau (ungerichtete Differenzhypothese): * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$.

Quelle: SOEP v.31, 17-Jährige, gewichtet; Berechnungen der Autoren.

© DIW Berlin 2016

Zwischen Mädchen und Jungen gibt es beinahe keinen Unterschied mehr.

ten aufweisen und daher weniger Zeit haben, sich täglich an den PC zu setzen.¹⁵ In veränderter Form wird diese These auch durch die Ergebnisse der jüngsten Shell-Jugendstudie bestätigt: Während 26 Prozent der Jugendlichen aus den unteren beiden Einkommensklassen angeben, aufgrund ihrer Internetaktivitäten keine Zeit für andere Dinge zu haben, stimmten nur zehn Prozent der Jugendlichen aus den höchsten beiden Einkommensgruppen dieser Aussage zu. In Elternhäusern mit

höherem gesellschaftlich-wirtschaftlichem Status wird offensichtlich vermehrt darauf geachtet, dass die Jugendlichen nicht zu viel Zeit vor dem PC verbringen beziehungsweise wurden die Jugendlichen selbst so sozialisiert, dass sie ihre Freizeit entsprechend anders gestalten. Auch die Jugendlichen, deren Eltern das Abitur oder einen Hochschulabschluss besitzen, weisen geringere Beteiligungsquoten am täglichen Surfen und PC-Spielen auf. Betrachtet man jedoch die schulische Situation der Jugendlichen selbst, findet man die höchste Beteiligungsquote unter den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Erwartungsgemäß sind weniger Jugendliche, die sich bereits in der Ausbildung befinden, und damit insgesamt weniger Freizeit zur Verfügung haben, täglich im Internet als andere Schülerinnen und Schüler.

¹⁵ Hille, A. et al. (2013), a. a. O.; eine weitere Studie konnte in England keinen kausalen Zusammenhang zwischen Zugang zu Internet und Kommunikationstechnologien zuhause und schulischen Ergebnissen, vgl. Faber, B., Sanchis-Guarner, R., Weinhardt, F. (2015): ICT and Education: Evidence from Student Home Addresses. NBER Working Paper 21306.

Tabelle 3

Einfluss verschiedener sozio-demographischer Merkmale auf die Wahrscheinlichkeit, IT-bezogene Freizeitaktivitäten täglich auszuführen

	Wahrscheinlichkeit täglich ...			
	mindestens eine der folgenden 3 IT-bezogenen Tätigkeiten auszuführen	PC-Spiele zu spielen	im Internet zu surfen	in sozialen Netzwerken aktiv zu sein
Männlich	0,024 (0,509)	0,257*** (0,000)	-0,013 (0,781)	0,034 (0,607)
niedrigstes Einkommensquartil (Referenzkategorie: mittlere 50 Prozent)	-0,034 (0,464)	0,086 (0,277)	-0,146* (0,066)	0,021 (0,801)
höchstes Einkommensquartil (Referenzkategorie: mittlere 50 Prozent)	-0,089* (0,083)	0,012 (0,818)	-0,071 (0,230)	-0,147* (0,065)
Bildung der Mutter in Jahren	-0,005 (0,579)	0,015 (0,176)	-0,002 (0,885)	-0,007 (0,624)
Migrationshintergrund (Dummy)	-0,002 (0,964)	-0,090* (0,093)	-0,015 (0,773)	-0,097 (0,202)
Berufsschule (Referenzkategorie: Realschule & Hauptschule)	-0,096 (0,275)	-0,037 (0,606)	-0,091 (0,266)	-0,099 (0,340)
Gymnasium (Referenzkategorie: Realschule & Hauptschule)	0,091* (0,082)	-0,086 (0,129)	0,036 (0,550)	0,235*** (0,005)
mindestens wöchentliches Lesen	-0,077** (0,043)	0,002 (0,968)	-0,098** (0,036)	-0,063 (0,367)
mindestens wöchentliches Freunde-treffen	-0,037 (0,454)	-0,057 (0,441)	-0,012 (0,856)	-0,130 (0,200)
emotionale und psychische Belastungen ¹	0,125* (0,062)	0,086 (0,415)	0,203*** (0,010)	0,228* (0,075)
Streit mit Vater oder Mutter (oft und sehr oft)	0,083* (0,057)	0,023 (0,653)	0,069 (0,196)	0,042 (0,586)
geringe Zufriedenheit mit Schulnoten (3 und geringer auf einer Skala von 0-10)	-0,029 (0,738)	-0,010 (0,912)	0,044 (0,724)	0,234* (0,063)
Beobachtungen	803	801	802	541

Die Koeffizienten der oben gezeigten logistischen Regressionsanalyse geben an, wie sich die Wahrscheinlichkeit, IT-bezogene Tätigkeiten täglich auszuführen, bei Änderung der Prädiktorvariable im Vergleich zur jeweiligen Referenzkategorie verhält, wenn alle anderen Prädiktorvariablen auf ihrem Mittelwert konstant gehalten werden.

Signifikanzniveau: * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$ (p-Werte in Klammern)

¹ Emotionale und psychische Belastung wird hier angenommen, wenn mindestens zwei der drei folgenden Kriterien zutreffen: die befragte Person hat sich in den vier Wochen vor der Befragung oft oder sehr oft a) traurig, b) ängstlich und/oder c) ärgerlich gefühlt.

Quelle: SOEP v.31, 17-Jährige, gewichtet; Berechnungen der Autoren.

© DIW Berlin 2016

Wer das Gymnasium besucht oder unzufrieden mit seinen Schulnoten ist, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, in sozialen Netzwerken unterwegs zu sein.

Unterschiede in der Gesamtnutzung zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht feststellbar.

Wer welche IT-bezogenen Freizeitaktivitäten ausführt, hängt von verschiedenen sozio-demographischen Merkmalen ab

Neben den zeitlichen Veränderungen in der Nutzungsstruktur der digitalen Medien insgesamt, erlauben es die Daten des SOEP in gewissem Umfang auch, struk-

turelle Unterschiede bezüglich des Inhalts der Nutzung auszumachen (Tabelle 3).

Da sich der Zusammenhang mit verschiedenen demographischen Merkmalen über die Zeit zum Teil sehr stark verändert hat, beschränken sich die multivariaten Analysen auf die jüngste Kohorte der von 1994 bis 1997 geborenen 17-Jährigen. Sie untersuchen die Wahrscheinlichkeit, je nach Zugehörigkeit zu bestimmten sozio-demographischen Gruppen eine bestimmte IT-bezogene Freizeitaktivität täglich auszuüben.

Kasten 2

Exzessive PC- und Online-Nutzung als Mittel zur Stressbewältigung

Auch wenn ein kompetenter Umgang mit den modernen Informations- und Kommunikationsmedien eine unerlässliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg ist, sollte die Nutzung der modernen Technologien in der Freizeit in einem angemessenen Rahmen bleiben. Neben den vielseitigen positiven Folgen einer angemessenen Nutzung, die in verschiedenen Studien bestätigt wurden,¹ gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass eine exzessive Nutzung negative Folgen nach sich ziehen kann. Neben den rein physischen Symptomen die aus den langen Bildschirmzeiten resultieren, konnte die exzessive Computer- und Internetnutzung in wissenschaftlichen Studien unter anderem mit schlechterer Konzentrationsfähigkeit, geringerer schulischer Motivation, schlechteren Schulnoten, höherer Aggressivität und allgemein risikoaffinerem Verhalten in Verbindung gebracht werden.² Auch in der breiten Öffentlichkeit werden die möglichen negativen Folgen der Omnipräsenz von digitalen Medien im Alltag der Kinder und Jugendlichen diskutiert³ und vor den Folgen einer exzessiven Nutzung von Computer, Inter-

net und Smartphone für das Gehirn, physische und psychische Gesundheit und soziale Beziehungen gewarnt.⁴ Wann man von einer angemessenen, einer exzessiven und einer problematischen Nutzung sprechen kann, ist dabei allerdings noch immer Teil der wissenschaftlichen Debatte.⁵ Entscheidend für das Vorhandensein eines problematischen Nutzungsverhaltens ist aber nicht die absolute Nutzungsdauer, sondern Kriterien, die den Definitionen für pathologisches Glücksspiel oder stoffliche Abhängigkeiten entlehnt wurden, wie etwa, ob das Nutzungsverhalten noch kontrolliert werden kann, das Vorhandensein von Entzugserscheinungen und inwiefern sich das Nutzungsverhalten negativ auf andere Lebensbereiche auswirkt.⁶ Die ungleichen Definitionen und Messinstrumente kommen dabei oft zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. In einer internationalen Studie aus dem Jahr 2014 wurden zum Beispiel bei 0,9 Prozent der deutschen Jugend-

¹ Vgl. Fiorini, M. (2010): The effect of home computer use on children's cognitive and non-cognitive skills. *Economics of Education review*, 29(1), 55-72. Oder Durkin, K., Barber, B. (2002): Not so doomed: Computer game play and positive adolescent development. *Journal of applied developmental psychology*, 23(4), 373-392.

² Alexander, L. M., Currie, C. (2004): Young people's computer use: implications for health education. *Health Education*, 104(4), 254-261; Willoughby, T. (2008): A short-term longitudinal study of Internet and computer game use by adolescent boys and girls: prevalence, frequency of use, and psychosocial predictors. *Developmental psychology*, 44(1), 195; Carson, V., Pickett, W., Janssen, I. (2011): Screen time and risk behaviors in 10-to 16-year-old Canadian youth. *Preventive medicine*, 52(2), 99-103. Dreier, M., Wölfling, K.; Beutel, M. E. (2014): Internetsucht bei Jugendlichen. *Monatsschrift Kinderheilkunde*, 162. Jg., 6, 496-502.

³ Vgl. Focus : „Wie viel Smartphone ist gut für Kinder?“, Ausgabe vom 03.09.2016 (Titelgeschichte)

⁴ Vgl. Spitzer, M. (2015): Cyberkrank! Wie das digitalisierte Leben unsere Gesundheit ruiniert. Droemer Knaur; Spitzer, M. (2012): Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen. Droemer Knaur.

⁵ Bisher wurde Internet oder PC-Sucht nicht in die aktuellste Version des Diagnostischen und statistischer Leitfadens psychischer Störungen (DSM-5) der amerikanischen psychiatrischen Gesellschaft aufgenommen. Allerdings wurde der „internet gaming disorder [IGD]“ in die Sektion „Emerging Measures and Models“ aufgenommen, in der Störungsbilder aufgeführt werden, bei denen noch Forschungsbedarf besteht, bevor sie offiziell ins DSM aufgenommen werden können. Siehe hierzu: Griffiths, M. D., King, D. L., Demetrovics, Z. (2014): DSM-5 internet gaming disorder needs a unified approach to assessment. *Neuropsychiatry*, 4. Jg., 1, 1-4.

⁶ Derzeit gibt es mindestens 18 verschiedene Messmethoden und Definitionen für pathologisches Internet- und Gamingverhalten. Während einige Wissenschaftler die Kriterien für pathologisches Glücksspiel heranzogen, verwendeten andere Autoren die Kriterien, die das DSM für die Abhängigkeit von psychotropen Substanzen definiert. Für einen kurzen Überblick und weiterführende Hinweise auf die entsprechende Literatur siehe: Meixner, S. (2010): Exzessive Internetnutzung im Jugendalter. *Kinder und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis*, 55. Jg., 1, 3-7.

Wer aus einem gut situiertem Haushalt kommt, hat in seiner Freizeit weniger IT-Bezug

Die multivariaten Analysen bestätigen den negativen Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und der Präsenz von IT-basierten Aktivitäten in der Freizeit. Jugendliche aus Haushalten im oberen Einkommenssegment haben eine um neun Prozent geringere Wahrscheinlichkeit, täglich irgendeine IT-bezogene Freizeitaktivität auszuführen als Jugendliche aus der gesellschaftlichen Mitte. Ihre Wahrscheinlichkeit, täglich in sozialen Netzwerken aktiv zu sein, ist sogar um 15 Prozent geringer. Aber während die Kinder der Gutverdiener sich beim Surfen und Chatten nicht von Jugendlichen aus dem mittleren Einkommenssegment unterschei-

den, haben Jugendliche aus dem untersten Einkommensquartil eine um 15 Prozent geringere Wahrscheinlichkeit, täglich im Internet zu surfen und zu chatten, als die Referenzgruppe aus Haushalten mit mittlerem Einkommen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund unterschieden sich zwar nicht in ihrer Internet-Aktivität und dem Engagement in sozialen Netzwerken von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, weisen aber eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, täglich PC-Spiele zu spielen.

Wer das Gymnasium besucht ist zudem deutlich wahrscheinlicher täglich in sozialen Netzwerken unterwegs als diejenigen, die eine Real- oder Hauptschule besuchen.

lichen deutliche Suchtmerkmale gefunden und zehn Prozent wurden als gefährdet eingestuft.⁷ Eine repräsentative deutsche Studie aus dem Jahr 2013 attestiert 12,5 Prozent der befragten Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren ein pathologisches Internetverhalten.⁸ Für eine effektive und effiziente Prävention ist es wichtig zu wissen, welche Kinder und Jugendlichen besonders gefährdet sind, exzessive oder pathologische Internet und PC-Nutzungsmuster zu entwickeln. Diverse Studien haben gezeigt, dass psycho-emotionalen Belastungen, wie etwa ein problematisches Familienklima,⁹ zu den wichtigsten Risikofaktoren zählen, und dass exzessive und pathologische Internet und Computernutzung häufig als (inadäquate) Stressbewältigungsstrategien¹⁰ dienen. Inwiefern die tägliche Nutzung von Internet und PC von emotional und sozial belastenden Faktoren abhängt, kann auch anhand der SOEP-Daten überprüft werden. Dazu wurde die Wahrscheinlichkeit, bestimmte IT-bezogenen Freizeitaktivitäten täglich auszuführen, in Abhängigkeit von Symptomen und Ursachen für psycho-soziale Belastungen geschätzt (Tabelle 3). Ein Index aus drei SOEP-Fragen, in denen die Jugendlichen gebeten werden, anzugeben, wie oft sie sich in den letzten vier Wochen jeweils

traurig, ärgerlich oder ängstlich gefühlt haben, wird als Messinstrument sozio-emotionale Belastungen verwendet¹¹. Außerdem wurde für die Zufriedenheit mit Schulnoten und die Häufigkeit von Streit mit den Eltern kontrolliert, um zwei mögliche Ursachen für psychosoziale Belastungen direkt zu testen.

Daten des SOEP bestätigen, dass Jugendliche, die angaben, oft oder sehr oft traurig, besorgt oder wütend zu sein, eine 20 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, täglich im Internet zu surfen und zu chatten, als Jugendliche, die sich seltener wütend, besorgt und traurig fühlen. Auch ihre Wahrscheinlichkeit, täglich irgendeiner IT-bezogenen Freizeitaktivität nachzugehen, ist um 12,5 Prozent höher. Entgegen den Erwartungen ist die Wahrscheinlichkeit, täglich PC-Spiele zu spielen, nicht mit den emotionalen Belastungsfaktoren verbunden.

Jugendliche, die oft oder sehr oft mit mindestens einem Elternteil streiten, weisen eine um acht Prozent höhere Wahrscheinlichkeit auf, jeden Tag einer Freizeittätigkeit mit IT-Bezug nachzugehen, und geringe Zufriedenheit mit den Schulnoten ist mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit, sich täglich in sozialen Netzwerken aufzuhalten, verknüpft.

Insgesamt bestätigen die SOEP Daten also einen Zusammenhang zwischen psycho-emotionalen Faktoren und der Wahrscheinlichkeit, täglich IT-bezogene Freizeitaktivitäten auszuführen. Weshalb bestimmte Nutzungsformen der digitalen Medien mit bestimmten Belastungsfaktoren verknüpft sind, aber nicht mit anderen, bleibt hier offen, wirft aber interessante Fragen für tiefergehende qualitative und quantitative Untersuchungen auf.

¹¹ siehe Fußnote zu Tabelle 3.

⁷ Dreier, M. et al., a.a.O.

⁸ Rosenkranz, M., et al. (2013): Risikofaktoren für Probleme mit exzessiver Computer- und Internetnutzung von 14-bis 17-jährigen Jugendlichen in Deutschland: Ergebnisse einer deutschlandweiten Repräsentativerhebung. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 8(1).

⁹ Für Deutschland vgl. Rosenkranz, M. et al. (2013), a.a.O.; weitere Studien für Taiwan: Yen, J. Y. et al. (2007): Family factors of internet addiction and substance use experience in Taiwanese adolescents. CyberPsychology & Behavior, 10(3), 323-329.

¹⁰ Grüsser, S. M. et al. (2005): Exzessive Computernutzung im Kindesalter: Ergebnisse einer psychometrischen Erhebung [Excessive Computer Usage in Adolescents – a Psychometric Evaluation]. Wiener Klinische Wochenschrift, 117(5-6), 188-195.

Wer regelmäßig liest, ist weniger im Internet – soziale Kontakte beeinflussen die Online-Aktivität jedoch nicht

Tägliche Aktivitäten in sozialen Netzwerken und sonstiges Surfen und Chatten im Internet werden nicht davon beeinflusst, ob sich Jugendliche mindestens wöchentlich mit Freundinnen und Freunden treffen. Jugendliche, die angegeben haben, wöchentlich oder täglich zu lesen, haben jedoch eine um zehn Prozent geringere Wahrscheinlichkeit, täglich im Internet zu surfen und chatten. Auch die Wahrscheinlichkeit, täglich irgendeiner IT-bezogenen Freizeitaktivität nachzugehen, ist für die Jugendlichen, die regelmäßig lesen, geringer.

Fazit und Ausblick

Die digitale Spaltung in Form einer sozialen Zugangskluft konnte in den vergangenen zwei Jahrzehnten zumindest für die Jugendlichen nahezu vollständig überwunden werden. Als Folge der zunehmenden Verfügbarkeit, Portabilität und Vernetzung der digitalen Medien konnten sich diese als die am häufigsten genutzte Freizeitaktivität für Jugendliche etablieren. Auch wenn sozio-demographische Unterschiede in der Nutzung der Summe aller IT-bezogener Freizeitaktivitäten ebenfalls in großen Teilen verschwunden sind, gibt es eine neue digitale Spaltung bei der Nutzung entlang sozio-demographischer Merkmale. Jugendliche aus dem untersten Einkommensquartil etwa surfen und chatten weniger im

Internet als Jugendliche aus Haushalten im mittleren Einkommenssegment. Und wer eine Haupt- oder Realschule besucht, ist deutlich weniger häufig in den sozialen Netzwerken unterwegs als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

Die Vermittlung von Grundkompetenzen im Umgang mit den neuen Medien, die in der Freizeit der Jugendlichen allgegenwärtig geworden sind, ist für den Bildungsbereich zu einer zentralen pädagogischen Aufgabe geworden, ebenso wie ihre Berücksichtigung bei der Formulierung von Bildungszielen.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs erfordert nicht nur den Zugang zu netzbasierten, medialen Inhalten, sondern auch die Fähigkeit, sich mit diesen kritisch auseinanderzusetzen. Auf viele dieser Entwicklungen reagiert die Politik, und insbesondere die Bildungspolitik, träge. Zum einen besteht eine starke Kluft zwischen der Medienpräsenz der Jugendlichen in der Freizeit – und den dadurch erworbenen IT-Fertigkeiten – und dem Einsatz digitaler Medien in der Schule. Zum anderen sollte die Schule als Ort der Auseinandersetzung mit dem verantwortungsvollen Umgang mit die-

sen neuen Medien fungieren. Die Bildungspolitik hat zumindest mittlerweile auch erkannt, dass sie auf die fortschreitende Technisierung und Mediatisierung der Lebenswelt reagieren muss. Ein jüngst angekündigtes Regierungsprogramm¹⁶ will den souveränen Umgang mit der Technik und den Risiken digitaler Kommunikation und das Lernen mittels der neuen Möglichkeiten digitaler Medien fördern. Der Bund beabsichtigt unter anderem, in den kommenden fünf Jahren fünf Milliarden Euro für digitale Werkzeuge in der Schule zur Verfügung zu stellen. Dabei würde ein reiner Ausbau der digitalen Technologie in Schulen sicherlich zu kurz greifen, sondern es gilt, die Nutzung digitaler Medien als eine neue, zentrale Kulturtechnik zu erlernen, wie der Bundesregierung wohl bewusst ist.¹⁷

¹⁶ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2016): Sprung nach vorn in der digitalen Bildung, Pressemitteilung vom 12.10.2016, <https://www.bmbf.de/de/sprung-nach-vorn-in-der-digitalen-bildung-3430.html> (Stand: 14.11.2016)

¹⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (2016): Technikfolgenabschätzung (TA) Digitale Medien in der Bildung. Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Bundestagsdrucksache 18/9606, 10.

Sandra Bohmann ist Stipendiatin der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin | sbohmann@diw.de

Jürgen Schupp ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin | jschupp@diw.de

IT AND COMMUNICATION TECHNOLOGIES DOMINATE ADOLESCENT DOWNTIME

Abstract: Today's teenagers spend their free time very differently than they did 15 years ago: according to a DIW Berlin study based on data from the Socio-Economic Panel (SOEP), engagement with IT and communications technologies is now their most significant leisure activity. Representative statistics indicate that Internet- and computer-based recreation plays a major role for more than 95 percent of all 17-year-olds in Germany, regardless of sex. Even though access to the Internet and computer-based technologies is now common across all social classes, usage patterns differ according to certain socio-demographic characteristics. While household income matters for internet usage – with lower income being associated with higher internet activity – it does not play a role in social networking or playing computer games. While

the latter remains a males' domain, boys' and girls' internet usage and social network engagement do not differ. In this case, the type of high school plays a determining role: students in German prep schools (*Gymnasien*) are more likely to be active on social media on a daily basis than are students from less academically oriented secondary schools (*Realschulen* and *Hauptschulen*). Education policy makers have started acknowledging the pivotal role that technology plays in young people's lives and have announced a campaign aimed at adolescents in all social strata and at all types of high schools. The campaign involves strengthening students' command of technology while discussing the risks of digital communication, as well as investigating how digital media can open up new possibilities in education.

JEL: J13, J22, Z13

Keywords: Youth, Time Use, SOEP

Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration

von Herbert Brücker, Nina Rother, Jürgen Schupp, Christian Babka von Gostomski, Axel Böhm, Tanja Fendel, Martin Friedrich, Marco Giesselmann, Yuliya Kosyakova, Martin Kroh, Elisabeth Liebau, David Richter, Agnese Romiti, Diana Schacht, Jana A. Scheible, Paul Schmelzer, Manuel Siebert, Steffen Sirries, Parvati Trübzwetter und Ehsan Vallizadeh

Mit einer repräsentativen Befragung von insgesamt 4 500 Geflüchteten stellen das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am DIW Berlin eine völlig neue Datengrundlage für die Analyse der Fluchtmigration und der Integration Geflüchteter bereit. Die hier vorgelegten Befunde basieren auf dem ersten Teil der Befragung, bei der gut 2 300 Personen interviewt wurden. Erhoben werden nicht nur Fluchtursachen und Fluchtwege, Bildungs- und Erwerbsbiografien, sondern auch Werte, Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale der Geflüchteten sowie ihre Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem. Die wichtigsten Fluchtmotive sind Angst vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Zudem zeigt sich, dass die Kosten und Risiken der Flucht hoch sind. Die Allgemeinbildung der Geflüchteten ist sehr heterogen. Der Anteil der Personen mit Berufs- und Hochschulabschlüssen ist gering. Insgesamt zeigen die Geflüchteten jedoch hohe Bildungsaspirationen. In ihren Wertvorstellungen weisen die Geflüchteten sehr viel mehr Gemeinsamkeiten mit der deutschen Bevölkerung auf als mit der Bevölkerung aus den Herkunftsländern. Die Integration in den Arbeitsmarkt und in das Bildungssystem steht erst am Anfang, allerdings zeigen integrationspolitische Maßnahmen erste Wirkungen.

Hinweis: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) führen gemeinsam eine repräsentative Längsschnittbefragung von Geflüchteten in Deutschland durch, die als Datengrundlage für diese Studie diente. Beauftragt mit der Durchführung der Interviews ist das Erhebungsinstitut Kantar Public (früher: TNS Infratest Sozialforschung). Kantar Public überprüft routinemäßig die Qualität der Befragung. Dabei wurde im Zuge der Vorbereitung der Wiederholungsbefragung im Laufe des Jahres 2017 festgestellt, dass ein Teil der Befragungen nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Betroffen sind sechs Prozent der realisierten Haushaltsinterviews. Eine Überprüfung der auf Grundlage der Befragung durchgeführten Studien hat gezeigt, dass die grundlegenden Aussagen der bisher veröffentlichten Studien auch nach Revision der Daten bestehen bleiben. Die Abweichungen des revidierten Datensatzes bewegen sich entweder im Rahmen der statistischen Fehlertoleranz, oder es ergeben sich nur geringfügige Abweichungen um einige Prozentpunkte im Vergleich zur vorgehenden Datenversion. Die in dieser Publikation präsentierten Ergebnisse sind teilweise inkorrekt. Von der Veröffentlichung einer korrigierten Fassung wurde abgesehen, weil aktuellere Ergebnisse zu den gleichen Sachverhalten auf Basis der Wiederholungsbefragung in folgender Publikation zu finden sind: Herbert Brücker, Nina Rother und Jürgen Schupp (Hrsg.) (2017): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. DIW Politikberatung Kompakt 123 (korrigierte Fassung).

Zusätzliche Details zu den revidierten Ergebnissen finden sich unter folgendem Link:
http://doku.iab.de/gruepap/2017/Revidierter_Datensatz_der_IAB-BAMF-SOEP-Befragung.pdf.

Mit dem Zuzug von 890 000 Schutzsuchenden im Jahr 2015 und weiteren 210 000 bis Ende September 2016¹ hat die Fluchtmigration in Deutschland ihren vorläufigen Höhepunkt seit Gründung der Bundesrepublik erreicht. Der starke Anstieg der humanitären Migration seit Beginn dieses Jahrzehnts stellt Politik, Verwaltung und die Akteure in der Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, sind sie auf verlässliche Daten angewiesen. Eine repräsentative Datenbasis über die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommenen Geflüchteten steht aber bislang aus. Vor diesem Hintergrund sind das IAB, das Forschungszentrum des BAMF und das SOEP eine Kooperation eingegangen, um eine umfassende und repräsentative Datengrundlage über die Geflüchteten in Deutschland zu schaffen.² Die Befragung ist als Längsschnitt angelegt und umfasst im ersten Teil zunächst gut 2 300 Geflüchtete; darauf beruhen die Ergebnisse in diesem Bericht. In einem zweiten Teil wird die Stichprobe auf mindestens 4 500 Befragte erweitert. Mit rund 450 Fragen werden neben den Migrations-, Bildungs- und Erwerbsbiografien der Geflüchteten sowie den Fluchtursachen und -wegen auch Persönlichkeitsmerkmale, die Einstellungen, Gesundheit und Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden der Geflüchteten ermittelt. Ferner sind die Unterbringung, Asylverfahren, Integration in den Arbeitsmarkt und andere gesellschaftliche Bereiche sowie begleitende Politikmaßnahmen Gegenstand der Studie (Kasten 1 und 2).

In diesem Kurzbericht werden erste, noch vorläufige Ergebnisse aus dem ersten Teil der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter vorgestellt. Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse wird zeitgleich in einem längeren Bericht veröffentlicht.³

¹ Vgl. Bundesministerium des Inneren [BMI] (2016): 890 000 Asylsuchende im Jahr 2015. Pressemitteilung vom 30.9.2016, Berlin: BMI.

² Der erste Teil der IAB-BAMF-SOEP-Befragung, auf dem dieser Bericht beruht, wird aus den dem IAB zugewiesenen Forschungsmitteln im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA), ein zweiter Teil vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen eigenen Auftrag für Analysen auf dieser Datengrundlage an das IAB erteilt, der die Auswertungsmöglichkeiten erweitert. Ferner tragen alle drei Forschungseinrichtungen mit Personalmitteln zur Finanzierung des Vorhabens bei.

³ Vgl. Brücker, H. et al. (Hrsg.) (2016a): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. IAB-Forschungsbericht Nr. 14, Nürnberg.

Auf der Flucht – Motive und Kosten

Angst vor Krieg und Verfolgung sind wichtigste Fluchtursachen

Aus Sicht der Migrationstheorie kann Flucht als eine komplexe Entscheidung verstanden werden, bei der sowohl Krieg und Verfolgung, als auch wirtschaftliche, politische und institutionelle Faktoren in den Herkunfts- und Zielländern eine Rolle spielen.⁴ Deshalb

⁴ Hatton, T. J. (2004): Seeking asylum in Europe. *Economic Policy*, Vol. 19 (38), 5–62; Hatton, T. J. (2016): Refugees, Asylum Seekers, and Policy in OECD

wurden die erwachsenen Geflüchteten in dieser Studie danach gefragt, welche Gründe für die Flucht aus den Herkunfts- und Transitländern, aber auch für die Auswahl des Ziellandes entscheidend waren. Dabei wurden bewusst Mehrfachnennungen zugelassen, um die komplexen Motive, die hinter diesen Migrationsentscheidungen stehen, entschlüsseln zu können.⁵

Countries. *American Economic Review*, American Economic Association, Vol. 106 (5), 441–45.

⁵ In der Befragung wurde deutlich gemacht, dass die Antworten in keiner Weise mit dem Asylverfahren in Verbindung stehen und absolut anonym behandelt werden.

Kasten 1

Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten

Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung der Geflüchteten ist eine repräsentative Längsschnittstudie von mehr als 4 500 Personen in Deutschland, die mindestens 18 Jahre alt sind. Im ersten Schritt wurden 2 349 Personen, die in 1 766 Haushalten leben, von Juni bis Oktober 2016 befragt. Auf diese Befragung stützen sich die Ergebnisse im vorliegenden Bericht. Gegenwärtig ist der zweite Teil der Studie im Feld, geplant ist die Befragung von weiteren 2 300 Personen bis Ende des Jahres 2016. Aus der Studie können repräsentative Aussagen über die Grundgesamtheit der im Ausländerzentralregister erfassten Geflüchteten, die vom 1. 1. 2013 bis zum 31. 1. 2016 in Deutschland eingereist sind und einen Asylantrag gestellt haben, unabhängig von ihrem gegenwärtigen Rechtsstatus, abgeleitet werden. Der Begriff „Geflüchtete“ wird hier nicht im juristischen Sinne, sondern als Sammelbegriff für den oben und in Kasten 2 eingegrenzten Kreis erwachsener Personen verwendet.

Die Befragung zeichnet sich im Einzelnen durch folgende Merkmale aus:

Sie erhebt umfassend Fluchtursachen, Fluchtwege, kognitive Fähigkeiten, Persönlichkeitsmerkmale, Werte, Gesundheit, Bildungs- und Erwerbsbiografien, Sprachkenntnisse, Verdienste und Vermögen, den familiären Kontext und die sozialen Netzwerke der Geflüchteten. Ferner werden Registrierung, Stand der Asylverfahren, Unterkunft und die Nutzung der Integrations- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie der Beratungsangebote erhoben. Damit stellt die Befragung dem Wissen der AutorInnen nach auch international die umfassendste Erhebung von Merkmalen dar, die für die Analyse der Fluchtmigration und die Integration der Geflüchteten relevant sind.

Sie wurde in Privathaushalten, Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen „Face-to-Face“ von geschulten InterviewerInnen von *KANTAR Public* (früher: TNS Infratest Sozialforschung) mit Computerunterstützung durchgeführt. Der

Fragebogen stand in sieben Sprachen (Arabisch, Kurmandschi, Farsi, Urdu, Paschtu, Deutsch und Englisch) zur Verfügung. Für die Befragung wurden innovative auditive Erhebungsinstrumente entwickelt, sodass der Fragebogen schriftlich und mündlich zur Verfügung stand, um die Beteiligung der Personen mit schlechten Lesefähigkeiten sicher zu stellen. Im Bedarfsfall standen SprachmittlerInnen zur Verfügung.

Das Frageprogramm ist mit demjenigen der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und dem Basisprogramm der SOEP-Studie „Leben in Deutschland“ harmonisiert, sodass die Ergebnisse der Befragung mit Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland verglichen werden können. Die Befragung wird als spezielle Teilstichprobe in das SOEP integriert, sodass sie nutzerfreundlich für die Forschung durch Dritte bereitsteht.

Die Ergebnisse werden – bei schriftlicher Zustimmung der Betroffenen – mit den Daten der *Integrierten Erwerbsbiografien* (IEB) des IAB verknüpft. Damit werden die umfassenden Daten der Befragung mit den präzisen Arbeitsmarktdaten der BA verbunden, die zum Beispiel Verdienste und die Beschäftigungs-, Arbeitslosigkeits- und Leistungsbezugsepisoden enthalten. Dadurch kann im Detail die Erwerbsbiografie der Geflüchteten in Deutschland nachvollzogen werden.

Um sicherzustellen, dass möglichst viele Befragte auch an weiteren Wellen der Befragung teilnehmen, erfolgt ein engmaschiges „Tracking“.

Insgesamt steht damit ein weltweit einmaliger Datensatz für die Forschung zur Migration und Integration der Geflüchteten zur Verfügung. Die Daten der ersten Welle werden der Forschung ab dem Herbst 2017 in den Forschungsdatenzentren des IAB und des SOEP bereitgestellt. Der mit den IEB verknüpfte Datensatz kann aus Datenschutzgründen nur von Gastwissenschaftlern am IAB oder über ein Remote-Access-Verfahren genutzt werden.

Mit großem Abstand wird die Angst vor gewaltsamen Konflikten und Krieg (70 Prozent) als wichtigstes Fluchtmotiv genannt. Andere wichtige politische Motive sind Verfolgung (44 Prozent), Diskriminierung (38 Prozent) und Zwangsrekrutierung (36 Prozent). Ebenfalls häufig werden schlechte persönliche Lebensbedingungen (39 Prozent) und die wirtschaftliche Situation im Herkunftsland (32 Prozent) angegeben (Abbildung 1a). Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Iran nennen besonders häufig Krieg und Verfolgung als Fluchtursachen, Geflüchtete aus Eritrea Zwangsrekrutierung. Demgegenüber berichten Geflüchtete aus den Westbalkan-Staaten vielfach von prekären persönlichen Lebensbedingungen, der schlechten wirtschaftlichen Situation in den Herkunftsländern und Diskriminierung.

Gut zwei Fünftel der Geflüchteten haben sich, bevor sie nach Deutschland migriert sind, für drei Monate oder länger in einem Transitland aufgehalten, wobei gut 60 Prozent davon von vornherein in andere Länder weiterreisen wollten. Dennoch haben viele Geflüchtete die Transitländer nach ihren Angaben nicht freiwillig verlassen, sondern entweder unter dem Druck prekärer persönlicher Lebensverhältnisse (53 Prozent) oder aufgrund von Verfolgung (25 Prozent), Vertreibung (19 Prozent) und Diskriminierung (18 Prozent). Als die häufigsten Transitländer nennen die Befragten mit deutlichem Abstand die jeweiligen Nachbarstaaten ihres Herkunftslandes, also die Türkei, den Iran, den Libanon und den Sudan.⁶

Achtung der Menschenrechte ist wichtigster Grund der Entscheidung für Deutschland

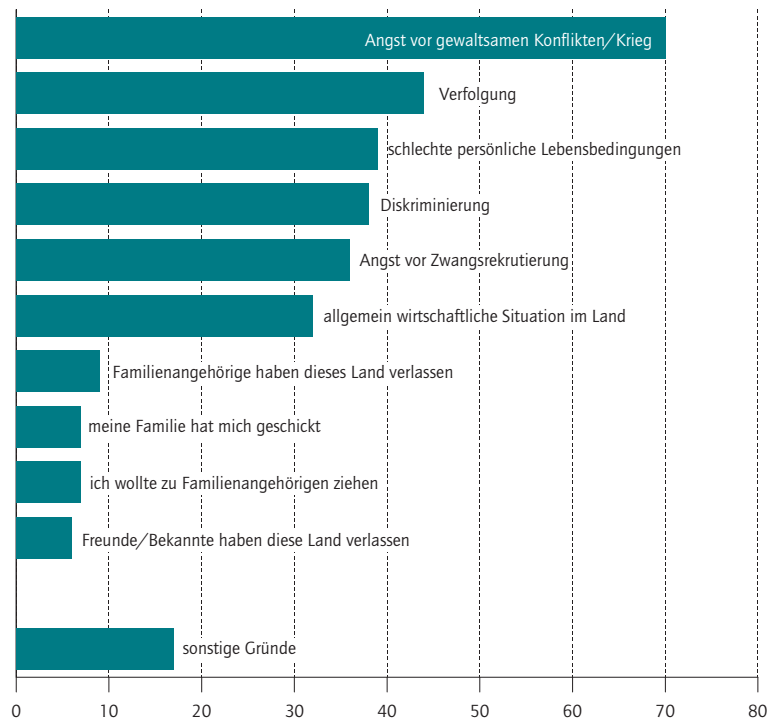
Auch bei der Auswahl Deutschlands als Zielland spielt das Schutzbedürfnis der Betroffenen die wichtigste Rolle: Der am häufigsten genannte Grund ist die Achtung der Menschenrechte (73 Prozent). Dies gilt insbesondere für Befragte aus dem Irak (85 Prozent) und Syrien (81 Prozent), ähnlich hohe Anteile entfallen auf dieses Motiv bei Geflüchteten aus anderen Konfliktregionen. Seltener wird als Grund das deutsche Bildungssystem angegeben (43 Prozent) und das Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein (42 Prozent). Knapp ein Viertel der Befragten nennt die wirtschaftliche Lage in Deutschland oder das staatliche Wohlfahrtssystem als Motiv für ihre Wahl (Abbildung 1b).

Persönliche Netzwerke spielen unter den Gründen für das Verlassen der Herkunftsländer indes eine geringe Rolle. Für die Auswahl Deutschlands als Zielland ist dieses Motiv allerdings von etwas größerer Bedeutung: So geben neun Prozent der Befragten an, dass bereits Familienangehörige das Land verlassen haben, aber

Abbildung 1a

Gründe für das Verlassen des Herkunftslandes

Gewichtete Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Basis: Befragte, die mindestens einen Grund genannt haben.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

© DIW Berlin 2016

19 Prozent, dass sie sich für Deutschland als Zielland entschieden haben, weil hier bereits Familienangehörige leben.

Flucht ist mit hohen Kosten und Risiken verbunden

Fluchtmigration unterscheidet sich von anderen Formen der Migration dadurch, dass sie mit höheren Kosten und Risiken verbunden ist. Über Höhe und Struktur der Kosten sowie die individuellen Risiken der Flucht ist bislang wenig bekannt.

Nach Angaben der Befragten lagen die durchschnittlichen Kosten der Flucht aus dem Herkunftsland der von Januar 2013 bis Januar 2016 zugezogenen Geflüchteten bei gut 7 100 Euro, die mittleren Kosten (Median)⁷ bei

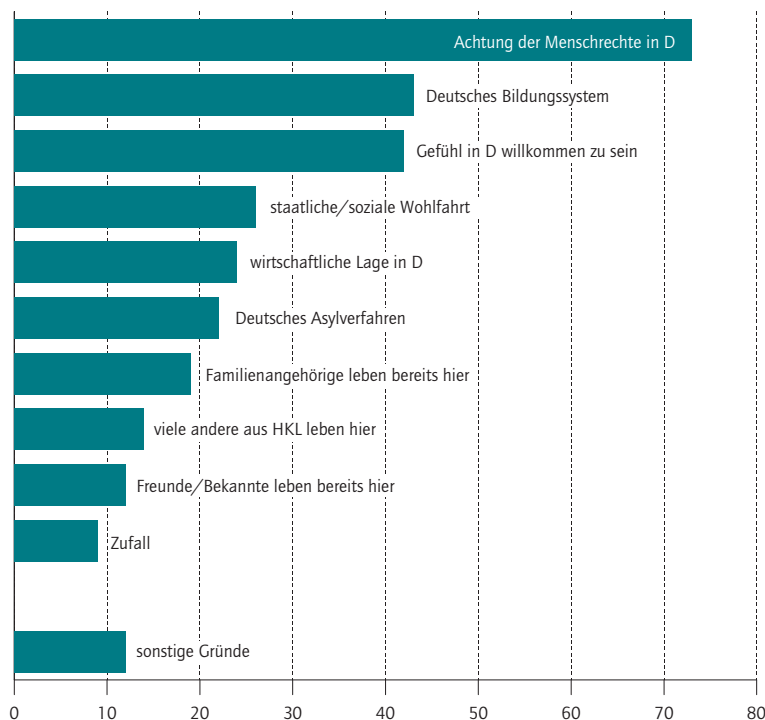
⁷ Der Medianwert ist der mittlere Wert, der die Stichprobe in die obere und untere Hälfte teilt. Einige wenige Extremwerte am oberen oder unteren Rand der Verteilung können das Ergebnis anders als bei der Berechnung der Durchschnittskosten deshalb nicht beeinflussen.

⁶ Vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a.a.O.

Abbildung 1b

Gründe für die Auswahl Deutschlands als Zielland

Gewichtete Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Basis: Befragte, die mindestens einen Grund genannt haben.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 1

Kosten der Flucht nach Deutschland

In Euro¹

Kostenart	Fluchtweg nach Deutschland			
	Direkt aus Herkunftsland		Direkt aus Transitland	
	Mittelwert	Medianwert ³	Mittelwert	Medianwert ³
Kosten für die Verkehrsmittel	3 949	2 500	2 912	1 800
Kosten für die Unterkunft	459	0	626	0
Kosten für die Fluchthilfe/ Schleusung	3 103	1 500	2 440	1 000
Kosten insgesamt ²	7 137	5 000	5 231	3 550

¹ Berücksichtigt wurden die Abreisen vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2015.

² Die Gesamtkosten wurden als die Summe der Kosten für Verkehrsmittel, Unterkunft und Schleuser berechnet. Falls der/die Befragte auf die Frage zu den jeweiligen Kosten „Weiß nicht“ geantwortet hat, wurden seine/ihre Angaben in der Summe nicht berücksichtigt.

³ Beim Medianwert treten Werte von Null auf, wenn mehr als die Hälfte der Befragten bei der Position keine Kosten hat.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

© DIW Berlin 2016

Kasten 2

Stichprobenziehung, Stichprobenumfang und Gewichtung

Die Stichprobe wurde aus dem Ausländerzentralregister (AZR) gezogen. Das AZR enthält Informationen zum Rechtsstatus der AusländerInnen, sodass Geflüchtete hierüber identifiziert werden können. Die Studie berücksichtigt drei Gruppen in Hinblick auf ihren Rechtsstatus: 1) AsylbewerberInnen, die sich noch in den Asylverfahren befinden; 2) Geflüchtete, denen bereits ein Schutzstatus zugesprochen wurde, insbesondere Asylberechtigte, Geflüchtete nach der Genfer Flüchtlingskonvention und subsidiär Geschützte¹; 3) Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, deren Ausreise oder Abschiebung jedoch aus unterschiedlichen Gründen ausgesetzt wurde und die daher überwiegend eine Duldung erhalten haben.

Geflüchtete, die noch nicht als Asylsuchende registriert waren, wurden beim Stichprobendesign bewusst nicht berücksichtigt, weil über die Grundgesamtheit dieser Gruppe keine Informationen vorliegen und somit keine repräsentativen Aussagen über sie gemacht werden können.

Insgesamt umfasste die für die Stichprobenziehung angefertigte Sonderauszählung des AZR zum Stichtag 30. 6. 2016 529 078 erwachsene Geflüchtete², die vom 1. 1. 2013 bis zum 31. 1. 2016 nach Deutschland eingereist sind und einen Asylantrag gestellt haben; davon sind zwei Drittel (337 445) 2015 eingereist. Die 2016 eingereisten Geflüchteten wurden schrittweise beim BAMF nacherfasst. Um den Bias durch die 2015 noch nicht erfassten Personen abzumildern, wurde die Stichprobe zu drei Zeitpunkten gezogen.

Unter den vom 1. 1. 2013 bis zum 31. 1. 2016 zugezogenen Geflüchteten waren laut AZR-Sonderauszählung zum Stichtag 30. 6. 2016 rund 55 Prozent (289 705) noch in den Asylverfahren, 36 Prozent verfügten über einen anerkannten Schutzstatus (191 481) und neun Prozent (47 892) hatten eine Duldung oder einen sonstigen Aufenthaltsstatus.

Weil die Stichprobe als jährliche Wiederholungsbefragung angelegt ist, wurden Personen mit günstiger Bleibeperspektive überdurchschnittlich in der Stichprobe berücksichtigt. Ferner wurden Frauen überproportional gezogen, um repräsentative Aussagen über diese Gruppen machen zu können. Die anderen Gruppen sind – mit einem geringeren Anteil als in der Grundgesamtheit – ebenfalls repräsentiert. Repräsentativität für die Grundgesamtheit wird mithilfe von geeigneten Gewichtungsverfahren hergestellt.

1 Dazu zählen auch Personen, die im Rahmen einer Neuansiedlung (Resettlement) aufgenommen wurden, sowie Kontingentflüchtlinge.

2 Hinzu kommen 205 932 Minderjährige.

5 000 Euro (Tabelle 1). Die durchschnittlichen Kosten aus einem Transitland waren niedriger und lagen bei etwa 5 200 Euro (mittlere Kosten bei 3 550 Euro). Der große Unterschied zwischen Durchschnittskosten und mittleren Kosten erklärt sich dadurch, dass in einzelnen Fällen sehr hohe Beträge für die Flucht aufgewendet wurden.

Von den Durchschnittskosten der Flucht aus dem Herkunftsland entfiel der größte Anteil auf die Verkehrsmittel (3 949 Euro; bei Flucht aus dem Transitland 2 912 Euro), gefolgt von den Kosten für Fluchthelfer (3 103 Euro; bei Flucht aus dem Transitland 2 440 Euro) und Kosten für die Unterkunft (459 Euro; bei Flucht aus dem Transitland 626 Euro, Tabelle 1). Finanziert wird die Flucht besonders häufig durch eigene Ersparnisse (50 Prozent), durch Verkauf von Vermögenswerten (39 Prozent) und durch Gelegenheitsjobs (34 Prozent), seltener durch Zuwendungen von Familienangehörigen (15 Prozent) oder aus dem Freundes- und Bekanntenkreis (15 Prozent) und durch Kredite (sieben Prozent).

Die Durchschnittskosten der Flucht variieren dabei stark zwischen den verschiedenen Herkunftsregionen: Die höchsten Werte berichten Befragte aus Afghanistan und Pakistan (12 040 Euro), gefolgt von Irak, Iran, Libanon und Palästina (11 363 Euro) sowie Syrien (5 556 Euro). Am unteren Ende liegen die Werte für Personen aus den nordafrikanischen Staaten (1 398 Euro), Westbalkan-Staaten (1 638 Euro), dem restlichen Afrika (2 578 Euro) und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (2 644 Euro).

Die Flucht ist nicht nur mit monetären Kosten, sondern auch mit erheblichen Risiken und Bedrohungen für die körperliche und seelische Unversehrtheit verbunden. So gibt ein Viertel der Befragten an, Opfer von Schiffbruch geworden zu sein. Aber auch von anderen Bedrohungen für Gesundheit und körperliche Unversehrtheit wird häufig berichtet: So sind zwei Fünftel Opfer körperlicher Übergriffe geworden, ein Fünftel von Raubüberfällen und 15 Prozent der weiblichen Geflüchteten berichten von sexuellen Übergriffen. Mehr als die Hälfte wurde durch wirtschaftlichen Betrug geschädigt, gut ein Viertel wurde erpresst.

Dauer und Kosten der Flucht sind im Zeitverlauf gefallen

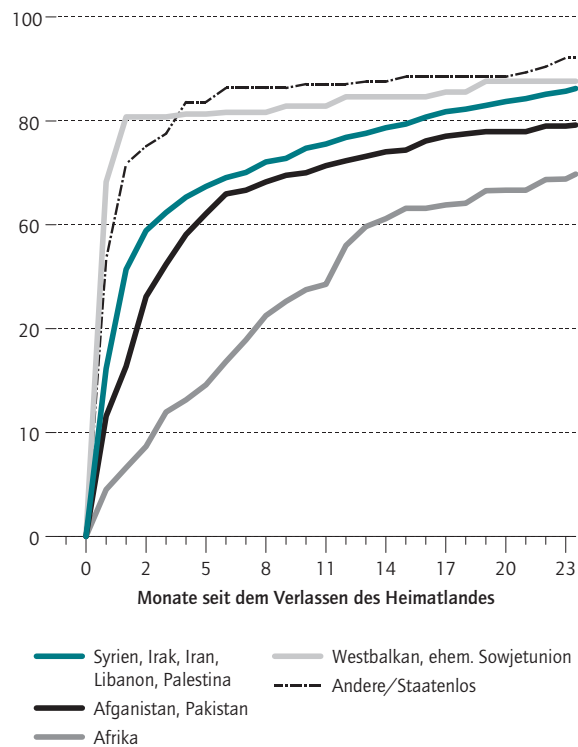
Die Flucht aus dem Herkunftsland direkt nach Deutschland hat im Durchschnitt der Befragten 35 Tage in Anspruch genommen. Die Flucht aus Transitländern, in denen die Befragten sich länger als drei Monate aufgehalten haben, dauerte durchschnittlich 49 Tage.⁸ Die voll-

⁸ Gemessen wird der Zeitraum von der Abreise beim letzten Aufenthalt im Herkunftsland beziehungsweise Transitland bis zur Ankunft in Deutschland. Bei

Abbildung 2

Übergangszeit vom Verlassen des Herkunftslandes bis zur Ankunft in Deutschland

Kumulativer Anteil der Personen, die nach Deutschland eingereist sind, in Prozent



Anmerkungen: Invertierte Kaplan-Meier-Funktion. Geschätzt wird die Wahrscheinlichkeit, zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Deutschland einzureisen.

Lesebeispiel: Einen Monat nach dem Verlassen des Heimatlandes beträgt die Wahrscheinlichkeit, nach Deutschland einzureisen, für Personen aus Syrien, Irak, Iran, Libanon und Palästina 52 Prozent; aus Afghanistan und Pakistan 34 Prozent; aus Afrika 13 Prozent; aus dem Westbalkan und ehemaligen UdSSR-Staaten 81 Prozent.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2016

ständige Dauer der Flucht seit Verlassen des Herkunftslandes (inklusive Aufenthalte in Transitländern) variiert stark nach Herkunftsregionen (Abbildung 2): So sind innerhalb eines Monats nach der Abreise aus dem Herkunftsland 81 Prozent der Geflüchteten aus den Westbalkan-Staaten und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Hälfte der Geflüchteten aus Syrien und anderen Ländern des Mittleren Ostens, aber nur ein Zehntel der Geflüchteten aus Afrika in Deutschland angekommen.

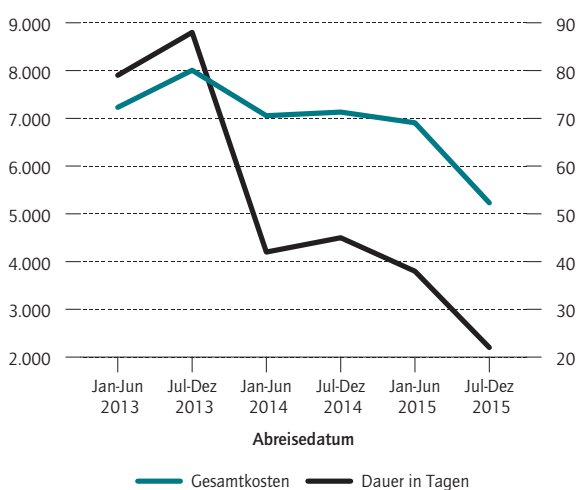
der Aufstellung der Dauer beziehungsweise der Kosten wird das Abreisedatum zugrunde gelegt. Nur die Abreisen zwischen Januar 2013 und Dezember 2015 werden berücksichtigt.

In diesen Unterschieden spiegelt sich nicht allein die geografische Lage der Herkunftsländer. Wichtige andere Faktoren können die Durchreisemöglichkeiten in den Transitländern und die Einkommenssituation der Geflüchteten sein.

Abbildung 3

Dauer und Kosten der Flucht

Erstes Halbjahr 2013 bis zweites Halbjahr 2015



Anmerkungen: Die Angaben in Dollar wurden zum Wechselkurs des Jahrs der Abreise in Euro umgerechnet.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2016

Im Zeitverlauf sind die Dauer der Flucht nach Deutschland und deren monetäre Kosten gesunken: Beliefen sich die durchschnittlichen Fluchtkosten der Geflüchteten, die im ersten Halbjahr 2013 ihre Herkunftsländer oder Transitländer verlassen haben, noch auf 7 229 Euro, so sind die Kosten der Flucht für Geflüchtete, die im ersten Halbjahr 2015 ihre Herkunftsländer verlassen haben, auf 6 900 Euro, und die im zweiten Halbjahr 2015 ihre Herkunftsländer verlassen haben, auf 5 232 Euro gesunken. Zugleich ist die Dauer der Flucht auf 38 beziehungsweise 22 Tage gesunken (Abbildung 3).⁹ Bei der Interpretation der Werte für das zweite Halbjahr 2015 ist allerdings zu berücksichtigen, dass Personen mit einer langen Fluchtdauer am Ende des Stichprobenzeitraums unterdurchschnittlich erfasst werden, weil sie zum Ziehungszeitpunkt noch nicht in Deutschland angekommen sind.

Im Gepäck – Bildung und andere Kompetenzen Polarisierung der Allgemeinbildung

Unter den Geflüchteten ist das Niveau der Schulbildung stark polarisiert: So haben etwa 37 Prozent der erwachsenen Geflüchteten eine weiterführende Schule besucht und 32 Prozent einen weiterführenden Schulabschluss erworben (Tabelle 2). Der überwiegende Teil der AbsolventInnen weiterführender Schulen besitzt Abschlüsse mit allgemeiner Ausrichtung, die in der Regel einer Hochschulzugangsberechtigung entsprechen dürften. Im Durchschnitt haben die BesucherInnen und AbsolventInnen weiterführender Schulen zwölf Schuljahre absolviert.

31 Prozent haben Mittelschulen besucht, 22 Prozent haben dort einen Schulabschluss erworben. Die BesucherInnen von Mittelschulen haben durchschnittlich neun, die AbsolventInnen zehn Schuljahre erreicht. Weitere fünf Prozent haben sonstige Schulen besucht und drei Prozent dort Schulabschlüsse erworben. Die AbsolventInnen haben dort im Durchschnitt elf Schuljahre, die BesucherInnen zehn Schuljahre verbracht.

Am anderen Ende des Qualifikationsspektrums haben zehn Prozent nur eine Grundschule (im Durchschnitt sechs Jahre lang) und weitere neun Prozent gar keine Schule besucht. Insgesamt haben 26 Prozent der SchulbesucherInnen in der Stichprobe die Schule ohne Abschluss verlassen. Erst ein Prozent der Geflüchteten hat einen Schulabschluss in Deutschland erworben, ein Prozent geht gegenwärtig in Deutschland zur

Tabelle 2

Schulbesuch, Schulabschlüsse und Schuljahre nach Schultypen

Schultyp	Anteil an 18-Jährigen und Älteren in Prozent		durchschnittliche Zahl der Schuljahre	
	Schulbesuch	Schulabschluss	alle Schulbesucher	mit Abschluss
noch in Schule ¹	1	–	6	–
Grundschule	10	–	6	–
Mittelschule	31	22	9	10
weiterführende Schule	37	32	12	12
sonstige Schule	5	3	10	11
keine Schule	9	–	–	–
keine Angabe	7	–	10	–
insgesamt	100	58	10	11

1 „Noch in Schule“ bezieht sich auf Personen, die in Deutschland eine Schule besuchen, aber im Heimatland keine Schule besucht haben oder keine Angabe dazu gemacht haben. – „Schulbesuch“ wurde angepasst zu „Schulbesuch mit Abschluss“, wenn die Schule des Abschlusses höher als die Angabe zur höchsten besuchten Schule war.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016, gewichtet.

© DIW Berlin 2016

⁹ Die Befunde sind auch robust, wenn Veränderungen in der Zusammensetzung der Herkunftsländer berücksichtigt werden. Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse, die die Herkunftsländereffekte berücksichtigt, sind auf Nachfrage verfügbar.

Schule (Tabelle 2). Dieser geringe Anteil kann einerseits dadurch erklärt werden, dass sich die meisten Befragten erst kurz in Deutschland aufhalten und sich andererseits im Erwachsenenalter befinden.

Insgesamt haben 55 Prozent der Geflüchteten zehn und mehr Schuljahre in allgemeinbildenden Schulen verbracht und damit ein Niveau erreicht, das in Europa als Mindeststandard gilt. Zum Vergleich: Während 58 Prozent der Geflüchteten zehn Jahre und mehr in Schulen, Hochschulen sowie in beruflicher Bildung verbracht haben, waren es unter der deutschen Wohnbevölkerung 88 Prozent. Zu berücksichtigen ist dabei, dass viele Geflüchtete ihre Bildungsbiografien durch Krieg, Verfolgung und Flucht unterbrechen mussten. Aufgrund der Unterschiede in den Bildungssystemen ist ein Vergleich der Schultypen über verschiedene Länder nur eingeschränkt möglich. 36 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung im Alter von 18 Jahren und älter verfügten im SOEP 2014 über höhere Schulabschlüsse wie Gymnasial- und Fachoberschulabschlüsse, 56 Prozent über mittlere Schulabschlüsse wie Haupt- und Realschulabschlüsse. Die Bildungsstruktur der Geflüchteten unterscheidet sich insofern von der deutschen Wohnbevölkerung weniger am oberen Ende des Qualifikationsspektrums; sie zeichnet sich durch einen sehr viel kleineren Anteil in der Mitte und einen sehr viel größeren Anteil am unteren Ende des Qualifikationsspektrums aus.

Unter den Geflüchteten aus Ländern, die schon länger von Kriegen und Bürgerkriegen betroffen sind – zum Beispiel Afghanistan, den Grenzgebieten zu Pakistan, Somalia, Sudan und andere – ist der Anteil der Personen, die die Schule abgebrochen oder erst gar keine Schulbildung aufgenommen haben, besonders hoch. Eritrea bildet einen Sonderfall, weil dort Bildungszertifikate erst nach dem Absolvieren des häufig jahrzehntelangen Militärdienstes ausgestellt werden. Insofern ist die Zahl der SchulbesucherInnen dort vergleichsweise hoch, aber der Anteil, der über ein Bildungszertifikat verfügt, sehr gering.¹⁰ Ethnische Minderheiten wie die Roma vom Westbalkan oder die Jesiden aus dem Irak und Syrien verfügen über ein vergleichsweise geringes Bildungsniveau. Bei diesen Gruppen dürfte ethnische Diskriminierung beim Zugang zu Bildungseinrichtungen eine wichtige Rolle gespielt haben. Umgekehrt ist das Bildungsniveau der Geflüchteten aus Syrien vergleichsweise hoch, weil hier bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 der Zugang zu Bildungseinrichtungen gewährleistet war. Ein ähnlich hohes oder höheres Niveau ist unter den Geflüchte-

Tabelle 3

Berufs- und Hochschulbildung: Teilnahme und Abschlüsse

Anteile der 18-Jährigen und Älteren in Prozent und durchschnittliche Jahre in Berufs- und Hochschulbildung

	Anteil der 18-Jährigen und Älteren in Prozent		durchschnittliche Bildungsjahre	
	Teilnahme	mit Abschluss ¹	alle TeilnehmerInnen	Personen mit Abschluss
betriebliche Ausbildung/berufliche Schule (früher) ¹	9	6	3	3
betriebliche Ausbildung/berufliche Schule (derzeit) ²	3	-	nicht verfügbar	-
Universitäten/Fachhochschulen	19	13	4	5
keine Ausbildung	69	-	-	-
keine Angabe	1	-	-	-
Insgesamt	100	19	4	4

¹ Nur Teilnahme/Abschluss im Ausland.

² Teilnahme/Abschluss in Deutschland.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

© DIW Berlin 2016

ten aus dem Iran und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu beobachten.

Geringe Anteile mit beruflicher Bildung

19 Prozent der Geflüchteten haben Universitäten oder andere Hochschulen besucht, 13 Prozent haben einen Hochschulabschluss erworben. Weitere zwölf Prozent haben an einer betrieblichen Ausbildung oder an einer anderen beruflichen Ausbildung teilgenommen, sechs Prozent haben einen beruflichen Abschluss erworben (Tabelle 3). Personen mit Hochschulabschluss haben im Durchschnitt fünf Jahre an Universitäten und anderen Hochschulen verbracht, Personen mit einer beruflichen Ausbildung haben im Durchschnitt drei Jahre dafür aufgewendet. Im Vergleich hierzu hatten 2014 21 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung im SOEP einen Hochschulabschluss, 59 Prozent einen beruflichen Abschluss.

Dieses große Gefälle bei der beruflichen Bildung liegt nur zum Teil an dem Entwicklungsniveau und den kriegsbedingten Umständen in den Herkunftsländern. Die meisten dieser Länder kennen kein Ausbildungssystem, das mit dem deutschen Berufsbildungssystem vergleichbar wäre. Viele handwerkliche, technische und kaufmännische Berufe werden deshalb in den Herkunftsländern ohne formelle Ausbildung ausgeübt. Insofern können viele Geflüchtete über auch in Deutschland verwertbare berufliche Fähigkeiten verfügen, die durch „On the Job“-Training und andere berufliche Erfahrungen gewonnen

¹⁰ Vgl. Worbs, S. et al. (2016): Asyl – und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland. BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, Forschungsbericht 28, Nürnberg.

wurden, sich aber nicht in zertifizierten Ausbildungsabschlüssen niederschlagen.¹¹

Bei den Geflüchteten in der Stichprobe zeichnen sich zwar Unterschiede in der Bildung zwischen Männern und Frauen ab: So haben 37 Prozent der Frauen im Vergleich zu 32 Prozent der Männer keinen Schulabschluss, und 71 Prozent der Frauen im Vergleich zu 68 Prozent der Männer keinen Hochschul- und Berufsabschluss erworben. Bei Frauen ohne Kinder hat allerdings ein geringerer Anteil als bei den Männern ohne Kinder keinen Schulabschluss (29 Prozent gegenüber 31 Prozent). Bei der Berufs- und Hochschulbildung verschwindet das Gefälle, wenn nur Frauen und Männer ohne Kinder berücksichtigt werden.

Starke Bildungsorientierung der Geflüchteten

Die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass die Bildungsambitionen der Geflüchteten hoch sind: So streben 46 Prozent der erwachsenen Geflüchteten noch einen allgemeinbildenden Schulabschluss in Deutschland an, 66 Prozent einen beruflichen Abschluss. Mit 23 Prozent will etwas mehr als ein Drittel davon einen akademischen Abschluss erwerben.

Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass sich die Bildungsstruktur der Geflüchteten noch stark verändern wird. Allerdings wäre es voreilig, aus den Bildungsvorhaben Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, in welchem Umfang die Geflüchteten tatsächlich Bildungseinrichtungen in Deutschland besuchen und Abschlüsse erwerben werden. Auch ist die zeitliche Sequenz offen: Viele Geflüchtete wollen zunächst arbeiten und erst später in Bildung und Ausbildung investieren.

Gemessen an den Ambitionen ist die Bildungsbeteiligung der Geflüchteten noch gering: Zum Zeitpunkt der Befragung besuchten fünf Prozent der erwachsenen Geflüchteten Schulen und Hochschulen oder machten eine berufliche Ausbildung. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich unter den befragten Geflüchteten rund 55 Prozent noch in den Asylverfahren befanden und neun Prozent im Rahmen einer Duldung in Deutschland aufhielten. Zudem sind die Deutschkenntnisse häufig noch zu gering, um Bildungseinrichtungen zu besuchen. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass die Bildungsbeteiligung noch steigen wird.

Niedriges Ausgangsniveau, aber steigende deutsche Sprachkompetenz

Rund 90 Prozent der Geflüchteten geben an, beim Zuzug nach Deutschland noch keine Deutschkenntnisse gehabt zu haben, knapp 30 Prozent konnten eigenen Einschätzungen zufolge bei der Einreise Englisch gut oder sehr gut lesen und sprechen. Zum Zeitpunkt der Befragung waren die selbsteingeschätzten Deutschkenntnisse Geflüchteter bereits deutlich besser als bei der Einreise: 18 Prozent der Geflüchteten, die noch keine zwei Jahre in Deutschland waren, stuften ihre deutschen Sprachkenntnisse als gut oder sehr gut ein, 35 Prozent als mittel und 47 Prozent gaben an, nur über geringe oder gar keine Deutschkenntnisse zu verfügen. Von den Geflüchteten, die länger als zwei Jahre in Deutschland waren, beläuft sich der Anteil mit guten oder sehr guten Deutschkenntnissen nach Selbsteinschätzung auf 32 Prozent, mit mittleren auf 37 Prozent.

Die Sprachförderung der Geflüchteten hat seit dem vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Wesentliches Instrument der öffentlichen Sprachförderung sind die Integrationskurse des BAMF (Kasten 3). Daneben gibt es eine Reihe weiterer Angebote wie die ESF-BAMF-Kurse zum Erlernen von berufsbezogenem Deutsch, die 2015 ange-

Kasten 3

Rechtlicher Rahmen für den Besuch von Integrationskursen

Integrationskurse sind das wesentliche Instrument der Sprachförderung durch die öffentliche Hand. Sie enthalten eine umfassende Sprachförderung von in der Regel 600 Unterrichtseinheiten und einen Orientierungskurs mit inzwischen 100 Unterrichtseinheiten. Das angestrebte Sprachniveau ist B1 der internationalen Klassifizierung von Sprachkompetenzen und wird durch einen Sprachtest nachgewiesen. Bis November 2015 war Geduldeten und Personen, die sich noch im Asylverfahren befanden, die Teilnahme an einem Integrationskurs nicht möglich. Seit November 2015 können Geduldete und AsylbewerberInnen, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt erwartet wird – aktuell trifft dies auf Personen aus Eritrea, Iran, Irak, Somalia und Syrien zu – einen Antrag auf Zulassung zu einem Kurs beim BAMF beantragen. Darüber hinaus sind Geflüchtete – wie schon in der Vergangenheit – mit einem Schutzstatus antragsberechtigt. Ein Rechtsanspruch auf Sprachförderung besteht nicht. Seit dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes im August 2016 ist die Teilnahme an Integrationskursen verbindlich, die Nichtteilnahme kann sanktioniert werden.

¹¹ Vgl. Radetzky, M.-C. von, Stoewe, K. (2016): Bildungsstand syrischer Flüchtlinge – 5 Gerüchte auf dem Prüfstand, IW-Kurzbericht Nr. 20, 1–3; bq-Portal (2016): Berufsbildungssystem, Syrien. <https://www.bq-portal.de/de/printpdf/5077> (Abruf 20. 10. 2016).

botenen Einstiegskurse zur Deutsch-Sprachförderung und andere Sprachprogramme der BA sowie zahlreiche andere Angebote der Länder und Kommunen, der Wohlfahrtsorganisationen und Ehrenamtlichen.

Über Umfang und Nutzung dieser Angebote war bislang wenig bekannt. Ein Drittel der Geflüchteten hat zum Befragungszeitpunkt Integrationskurse des BAMF besucht, weitere fünf Prozent haben an den berufsbezogenen ESF-BAMF-Kursen und acht Prozent an den Einstiegssprachkursen der BA¹² teilgenommen. Hinzu kommen zahlreiche andere Sprachkurse der Länder, Kommunen, Wohlfahrtsorganisationen und anderer Träger. Insgesamt haben bisher zwei Drittel der Geflüchteten in der einen oder anderen Form einen Sprachkurs besucht. Von denjenigen, die bereits an einem Sprachkurs teilnehmen oder teilgenommen haben, haben 22 Prozent sogar mehr als ein Angebot genutzt.¹³

Neben den institutionalisierten, formalen Angeboten nutzen die Geflüchteten auch andere Möglichkeiten des Spracherwerbs. Am häufigsten werden Medien wie das Internet, das Fernsehen, Zeitungen oder das Radio verwendet, um Deutsch zu lernen (71 Prozent der Befragten). Knapp ein Drittel wurde von nahestehenden Personen unterrichtet und rund 30 Prozent nutzten Sprachlern-CDs, Kurse im Internet und dergleichen.

Eine multivariate Analyse der Determinanten der deutschen Sprachkompetenz der Geflüchteten zeigt, dass es einen starken und statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Sprachkursen und den gestiegenen Deutschkenntnissen der Geflüchteten gibt. Es zeigt sich auch, dass zwischen dem Anstieg der Sprachkompetenz und der Aufenthaltsdauer, der Anerkennung des Schutzstatus, dem Bildungsniveau und einer dezentralen Unterbringung signifikant positive Korrelationen bestehen, negative dagegen bei Frauen sowie Geflüchteten aus sicheren Herkunftsländern.¹⁴

Erste Schritte – Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem

Viele Geflüchtete haben bereits Arbeitsmarkterfahrungen gesammelt

Die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt wird nicht nur von ihrer Bildung, Sprachkompetenz und sonstigen Fähigkeiten abhängen, sondern auch von den Arbeitsmarkterfahrungen, die sie bereits im jewei-

ligen Herkunftsland gemacht haben. 73 Prozent der 18- bis 65-jährigen Befragten gaben an, bereits vor der Einreise nach Deutschland Berufserfahrungen gesammelt zu haben. Allerdings gibt es ein erhebliches Gefälle zwischen den befragten Männern und Frauen: Während 81 Prozent der geflüchteten Männer über Berufserfahrungen verfügen, gilt dies für 50 Prozent der Frauen.

Anhaltspunkte über die beruflichen Fähigkeiten der Geflüchteten gibt die Tätigkeitsstruktur in ihren Herkunftsländern: Im Durchschnitt waren 27 Prozent der Geflüchteten selbstständig, 30 Prozent als ArbeiterInnen, 25 Prozent als Angestellte ohne Führungsposition und 13 Prozent als Angestellte mit Führungsposition tätig.

Die meisten Geflüchteten wollen arbeiten

Die befragten Geflüchteten zeichnen sich durch eine hohe Arbeitsmotivation aus. Unter den nichterwerbstätigen Geflüchteten geben 78 Prozent an, „ganz sicher“ in der Zukunft eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen, weitere 15 Prozent „wahrscheinlich“. Auch hier gibt es zwischen den Geschlechtern Differenzen: 97 Prozent der Männer und 85 Prozent der Frauen geben an, „sicher“ oder „wahrscheinlich“ eine Erwerbstätigkeit ausüben zu wollen. Die Erwerbsneigung der Frauen ist damit hoch, auch wenn ihre Erwerbsbeteiligung noch gering ist.

Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten steht erst am Anfang

Zum Zeitpunkt der Befragung waren 14 Prozent der TeilnehmerInnen erwerbstätig. Der größte Teil davon entfiel auf diese Gruppen: Vollzeitbeschäftigte (32 Prozent), Teilzeitbeschäftigte (21 Prozent) und TeilnehmerInnen an Praktika oder beruflicher Ausbildung (24 Prozent). Unter den 2015 zugezogenen Geflüchteten waren 9 Prozent erwerbstätig, unter den 2014 zugezogenen 22 Prozent, und unter den 2013 und vorher zugezogenen 31 Prozent.¹⁵

Insgesamt entspricht die gegenwärtige Entwicklung der Arbeitsmarktintegration recht genau dem zeitlichen Verlauf der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter in der Vergangenheit.¹⁶ Bei der Bewertung der Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass sich noch rund 55 Prozent der befragten Geflüchteten in den Asylverfahren befinden

¹² Ein Teil der Befragten, die angeben, an den BA-Einstiegskursen teilgenommen zu haben, hat möglicherweise an anderen Programmen der BA teilgenommen, die auch Sprachkenntnisse vermitteln.

¹³ Vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a. a. O.

¹⁴ Vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a. a. O.

¹⁵ Aufgrund niedriger Fallzahlen sind diese Werte nur als Anhaltspunkte zu verstehen. Bei den Personen, die vor 2013 nach Deutschland zugezogen waren, handelt es sich um Familienangehörige und andere Personen im befragten Haushalt.

¹⁶ Vgl. Brücker, H. et al. (2016b): Geflüchtete Menschen in Deutschland – eine qualitative Befragung. IAB-Forschungsbericht Nr. 9, Nürnberg; Salikutluk, Z. et al. (2016): Geflüchtete nehmen in Deutschland später eine Erwerbstätigkeit auf andere MigrantInnen. DIW Wochenbericht 83 (35), 749–756.

Tabelle 4

Zusammenhang zwischen Integrationsmaßnahmen/-beratungen und Erwerbstätigkeit

Geschätzte Effekte

Sprachangebote ¹						
BAMF-Integrationskurs	0,100** (0,024)					
ESF-BAMF-Sprachkurse ²	0,304** (0,061)					
BA-Einstiegskurse ³	0,084** (0,032)					
Beratungs- und andere Maßnahmeangebote der BA ⁴						
BA-Perspektive für Flüchtlinge ⁵	0,155** (0,050)					
Allgemeine Arbeitsmarktberatung	0,084** (0,020)					
Berufsberatung	0,075** (0,024)					
Beobachtungen	1 776	2 107	2 079	2 128	2 131	2 135
R ²	0,261	0,251	0,232	0,236	0,233	0,232

Anmerkungen: Die Signifikanzen auf dem Ein- bzw. Fünf-Prozentsniveau sind durch **, bzw. * gekennzeichnet. Die Standardabweichung ist in Klammern ausgewiesen. Abhängige Variable ist jeweils eine Dummy-Variablen, die einen Wert von Eins hat, wenn eine Person zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig ist (Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, in betrieblicher Ausbildung, in Praktikum), und von Null im umgekehrten Fall. Das Modell wird mit der Methode der kleinsten Quadrate (OLS) geschätzt. Als zusätzliche Kontrollvariablen wurden Geschlecht, Alter, Alter zum Quadrat, Alter bei Ankunft, Bildungsabschlüsse vor dem Zuzug, Herkunftsländerregionen, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsdauer zum Quadrat, Kinder, Beschäftigung vor dem Zuzug, Unterbringung, derzeitige Sprachkenntnisse, Sprachkenntnisse vor dem Zuzug, Gesundheitszustand sowie fixe Effekte für den Monat des Interviews, Gemeindegrößenklassen, allgemeine Hilfe bei der Jobsuche, Aufenthaltsstatus und das Bundesland berücksichtigt.

1 Referenzgruppe sind Personen, die noch nicht am jeweiligen Sprachkurs teilgenommen haben. Personen, die einen Sprachkurs voraussichtlich vorzeitig abgebrochen haben, wurden nicht berücksichtigt.

2 Der Kurs dient zum Erlernen von berufsbezogenen Sprachkenntnissen.

3 Gefragt wurde nach der Teilnahme an Einstiegssprachkursen der BA. Da viele Befragte die Teilnahme an diesen Sprachkursen zu Zeitpunkten angaben, als sie noch nicht bzw. nicht mehr angeboten wurden, ist davon auszugehen, dass diese Variable auch andere Sprachprogramme der BA umfasst.

4 Referenzgruppe sind Personen, die noch keine Beratung in Anspruch genommen haben bzw. die Beratungsstellen nicht kennen.

5 Es handelt sich um eine von der Bundesagentur für Arbeit konzipierte arbeitsmarktpolitische Maßnahme zur Feststellung beruflicher Kenntnisse der Geflüchteten.

Lesebeispiel: Für eine Person, die eine allgemeine Arbeitsmarktberatung in Anspruch genommen hat, ist die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um 8,4 Prozentpunkte höher als für eine Person, die keine Beratung in Anspruch genommen hat oder die Beratungsstellen noch nicht kennt.

Quelle: Eigene Schätzungen auf Grundlage der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016.

© DIW Berlin 2016

und sie deshalb nur einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben.¹⁷ Auch dürfte in vielen Fällen noch die notwendige Sprachkompetenz fehlen.

¹⁷ So können AsylbewerberInnen erst drei Monate nach der Registrierung einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Ausgenommen sind AsylbewerberInnen aus sicheren Herkunftsländern, die ihren Asylantrag nach dem 31.8.2015 gestellt haben. Weitere Hürden können sich durch die Vergleichbarkeitsprüfung der Arbeitsbedingungen durch die BA, die Zustimmung der Ausländerbehörden und durch die in einem Teil der Regionen noch angewandte Vorrangprüfung der BA ergeben. Die wichtigste Hürde ist jedoch die Rechtsunsicherheit über den künftigen Aufenthaltsstatus während der Asylverfahren.

Mit 42 Prozent hat ein großer Teil der Geflüchteten mit Erwerbserfahrungen die erste Arbeitsstelle in Deutschland über persönliche Kontakte gefunden, also über Familienangehörige, den Freundeskreis und Bekannte. Dieser Anteil ist jedoch geringer als bei anderen Migrantengruppen, die mit einem Anteil von 55 Prozent deutlich häufiger ihren ersten Job in Deutschland über soziale Kontakte finden.¹⁸ Geflüchtete ohne Berufs- und Hochschulabschlüsse finden überdurchschnittlich häufig ihre erste Stelle durch persönliche Kontakte (60 Prozent), während dies Personen mit Berufs- oder Hochschulabschluss häufiger über die Arbeitsagenturen und Jobcenter (33 Prozent) sowie über Zeitungen und Internet (zehn Prozent) gelingt.

Beratungsangebote zur Arbeitsmarktintegration werden noch wenig genutzt

Die Arbeitsmarkt- und Berufsberatungsangebote der BA beziehungsweise der Jobcenter kennen 46 Prozent der Befragten, 26 Prozent haben die Angebote auch in Anspruch genommen, wobei ein Teil der Befragten mehrere Angebote genutzt hat.¹⁹ Weiteren 20 Prozent waren die Beratungsangebote der BA beziehungsweise der Jobcenter bekannt, wurden aber von ihnen (noch) nicht genutzt. Je länger sich die Geflüchteten in Deutschland aufhalten, desto höher ist der Bekanntheitsgrad dieser Angebote. Rund ein Fünftel der Geflüchteten gibt an, bei der Arbeitsuche Hilfe benötigt und erhalten zu haben; aber zwei Fünftel sagen, dass sie Hilfe benötigt, aber keine erhalten hätten. Insgesamt sprechen diese Befunde dafür, dass die spezifischen Beratungsangebote der BA für Geflüchtete trotz eines steigenden Bekanntheitsgrades noch wenig genutzt werden.

Wirksamkeit der Sprach- und Beratungsangebote

Die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten wird durch viele Programme unterstützt. Um einen ersten Eindruck über die Wirksamkeit dieser Programme zu gewinnen, wird hier der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und verschiedenen Programmen untersucht. Die Ergebnisse sind als statistische Korrelationen zwischen der Programmteilnahme und der Erwerbsbeteiligung zu verstehen, nicht als kausale Schlussfolgerungen.

¹⁸ Vgl. Brücker, H. et al (2014): Arbeitsmarktintegration von Migranten in Deutschland: Anerkannte Abschlüsse und Deutschkenntnisse lohnen sich. In: Die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe: Leben, lernen, arbeiten – wie es Migranten in Deutschland geht. IAB-Kurzbericht Nr. 21.3, Nürnberg, 21-28; Eisnecker, P., Schacht, D. (2016): Half of the refugees in Germany found their first job through social contacts, DIW Economic Bulletin 34/35, 414-421.

¹⁹ Die Arbeitsagenturen sind für arbeitssuchende AsylbewerberInnen während der Asylverfahren sowie für Geduldete zuständig, die Jobcenter für anerkannte Schutzsuchende, die im Bedarfsfall Leistungen der Grundsicherung beziehen.

Untersucht werden zunächst drei Sprachprogramme: Erstens die vom BAMF angebotenen Integrationskurse (Kasten 3). Zweitens die ebenfalls vom BAMF angebotenen berufsbezogenen ESF-BAMF-Sprachkurse, die auf das Erlernen weiterführender Sprachkompetenzen mit berufspraktischem Anwendungsbezug ausgerichtet sind; das heißt, die TeilnehmerInnen verfügen nach Abschluss über bessere Sprachkenntnisse als die TeilnehmerInnen an Integrationskursen und zusätzlich über ein berufsspezifisches Vokabular. Drittens ein im Jahr 2015 angebotener Einstiegssprachkurs der BA sowie andere Sprachprogramme der BA, die sowohl sprachliche Basisqualifikationen als auch berufsbezogene Sprachkenntnisse vermitteln.²⁰

Bei den Schätzungen (Tabelle 4) bilden Personen, die (noch) nicht an den jeweiligen Sprachkursen teilgenommen haben, die Vergleichsgruppe. Die Schätzergebnisse zeigen, dass für Personen, die den Sprachkurs abgeschlossen haben, die Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit signifikant höher ist im Vergleich zu Personen, die noch nicht an einem Sprachkurs teilgenommen haben. Die Effekte sind am stärksten für die ESF-BAMF-Sprachkurse. Dies könnte auf die Vermittlung eines höheren Niveaus der berufsbezogenen Sprachkenntnisse durch ESF-BAMF-Sprachkurse zurückgeführt werden.

Der zweite Teil der Regressionen (Tabelle 4) untersucht, inwieweit die Teilnahme an dem Programm „Perspektive für Flüchtlinge“ der BA, das die beruflichen Kompetenzen und Fähigkeiten der Geflüchteten erfasst, sowie die Arbeitsmarkt- und Berufsberatung der BA mit der Erwerbstätigkeit der Geflüchteten korreliert ist. Wie die Schätzergebnisse zeigen, stehen alle diese Programme in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit der Geflüchteten, erwerbstätig zu sein. Da Geflüchtete mit größerer Arbeitsmarktnähe und mit Fähigkeiten, die für die Arbeitsmarktintegration relevant sind, möglicherweise auch eher an solchen Programmen teilnehmen, können diese Effekte nicht als kausaler Beleg für die Wirksamkeit interpretiert werden. Hier wird die künftige Forschung näheren Aufschluss geben.

²⁰ Gefragt wurde in der Erhebung nach der Teilnahme an dem BA-Einstiegskurs, der von Oktober bis Dezember 2015 stattfand. Allerdings haben viele Befragte angegeben, dass sie auch außerhalb dieser Fristen an dem Kurs teilgenommen haben. Das erklärt sich dadurch, dass diese Personen vermutlich den BA-Einstiegskurs mit anderen Sprachförderprogrammen der BA verwechselt haben (z. B. berufsbezogene Sprachförderkurse nach §45 SGB III). Aufgrund dieses möglichen Messfehlers berücksichtigt diese Variable in einem umfassenderen Sinne nicht nur die BA-Einstiegskurse, sondern auch andere Sprachförderprogramme der BA.

Viele Gemeinsamkeiten – eine Gegenüberstellung mit Deutschen

Demokratische Grundwerte

Die soziale und kulturelle, aber auch die wirtschaftliche Teilhabe der Geflüchteten wird maßgeblich von ihren Werten und ihrer weiteren Entwicklung abhängen. Geflüchtete stammen vielfach aus diktatorisch regierten Ländern, in denen demokratische Traditionen sowie zivilgesellschaftliche Strukturen schwach ausgebildet oder in den letzten Jahren zerstört worden sind. Inwieweit sich die Erfahrung diktatorischer Regime in einer geringen Unterstützung der Demokratie äußert oder im Gegenteil die Flucht aus solchen Systemen mit besonders ausgeprägten demokratischen Einstellungen verbunden ist, wird hier über die Zustimmung der Befragten zu unterschiedlichen Aussagen zu Regierungsformen und demokratischen Prinzipien ermittelt.

In der Befragung wird dafür die Einstellung der Geflüchteten zu Regierungsformen, ihr Verständnis von Demokratie sowie von der Rolle von Mann und Frau in der Gesellschaft untersucht. Die meisten dieser Fragen sind an den *World Values Survey* (WVS) angelehnt, was einen Vergleich mit der deutschen Bevölkerung und – mit Einschränkungen – auch mit der Bevölkerung der Herkunftsländer ermöglicht.

96 Prozent der befragten Geflüchteten unterstützen die Aussage, dass „man ein demokratisches System haben sollte“ (Tabelle 5, Spalte A). Damit stimmen die Antworten der Geflüchteten fast vollständig mit denen der deutschen Befragten im WVS überein (Spalte B). Allerdings unterstützt rund ein Fünftel der befragten Geflüchteten teilweise oder vollständig die Idee eines „starken Führers, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss“. Ferner stimmen 55 Prozent der Geflüchteten der Aussage vollständig oder teilweise zu, dass „Experten und nicht die Regierung darüber entscheiden sollten, was für das Land das Beste ist“. Die Zustimmung zu diesen beiden unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten problematischen Aussagen scheint aber unter Geflüchteten nicht höher ausgeprägt zu sein als unter deutschen Befragten, von denen 22 Prozent die Vorstellung eines starken Führers und 59 Prozent eine Expentherrschaft unterstützen.

Deutlich höher ist die Zustimmung zu diesen antidemokratischen Aussagen jedoch unter Befragten des WVS aus den Krisenregionen: In Ägypten, Algerien, dem Irak, dem Jemen, Libyen und Palästina unterstützt fast jede oder jeder zweite Befragte die Idee eines starken Führers und 70 Prozent sehen politische Entscheidungskompetenzen eher bei ExpertInnen als bei der Regierung (Tabelle 5, Spalte C).

Tabelle 5

Einstellungen zu Regierungsformen und zur Demokratie

Anteile zustimmender Antworten (gewichtet und gerundet) in Prozent

Datenbasis	IAB-BAMF-SOEP-Befragung	World Values Survey (WVS)		Differenz	
	Geflüchtete ¹	Deutsche ^{2,3}	Bevölkerung in den Krisenländern ^{2,4}	Spalte A und B ⁵	Spalte A und C ⁵
	Spalte A	Spalte B	Spalte C		
Einstellungen zu Regierungsformen					
Man sollte ein demokratisches System haben.	96	95	91	(1)	5
Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss.	21	22	46	(-1)	-25
Experten und nicht die Regierung sollten darüber entscheiden, was für das Land das Beste ist.	55	59	70	(-4)	-15
Einstellungen zur Demokratie					
Die Menschen wählen ihre Regierung in freien Wahlen.	96	92	89	4	7
Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer.	92	92	67	(0)	25
Bürgerrechte schützen die Menschen vor staatlicher Unterdrückung.	93	83	80	10	13
Die Regierung steuert die Reichen und unterstützt die Armen.	81	71	63	10	18
Religionsführer bestimmen letztlich die Auslegung der Gesetze.	13	8	55	5	-42

1 Die Antwortskala der IAB-BAMF-SOEP-Befragung zu den Fragen nach den Regierungsformen, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll zu) reicht, wurden zu Ablehnung (Antworten 1 bis 4) und Zustimmung (Antworten 5 bis 7) zusammengefasst. Die Antwortvorgaben im WVS sehen im Gegensatz zur IAB-BAMF-SOEP-Befragung keine neutrale Mittelkategorie vor. Die Antworten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung auf der Mittelkategorie (Wert 4) werden in den Auswertungen als „Ablehnung“ gewertet. Ein alternatives Vorgehen der Wertung der Antworten auf der Mittelkategorie als „keine Angaben“ führt zu sehr ähnlichen Befunden: 98 Prozent, 23 Prozent und 66 Prozent Zustimmung zu den Aussagen. Bei den Einstellungen zur Demokratie wurde die Antwortskala, die von 0 (gehört auf keinen Fall zur Demokratie) bis 11 (gehört auf jeden Fall zur Demokratie) reicht, zu Ablehnung (Antworten 0 bis 5) und Zustimmung (Antworten 6 bis 10) zusammengefasst. Die Antwortvorgaben im WVS sehen im Gegensatz zur IAB-BAMF-SOEP-Befragung keine neutrale Mittelkategorie vor. Die Antworten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung auf der Mittelkategorie (Wert 5) werden in den Auswertungen als „Ablehnung“ gewertet. Ein alternatives Vorgehen der Wertung der Antworten auf der Mittelkategorie als „keine Angaben“ führt zu sehr ähnlichen Befunden: 97 Prozent, 96 Prozent, 95 Prozent, 87 Prozent und 14 Prozent Zustimmung zu den Aussagen.

2 Die Antwortskala des WVS bei den Fragen zu den Regierungsformen, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 4 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 2) und Zustimmung (Antworten 3 bis 4) zusammengefasst. Die Antwortskala, die von 1 (gehört auf keinen Fall zur Demokratie) bis 10 (gehört auf jeden Fall zur Demokratie) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 5) und Zustimmung (Antworten 6 bis 10) zusammengefasst.

3 Es wurden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.

4 Im WVS nicht enthalten sind Syrien, Afghanistan oder Eritrea. Als Krisenländer werden definiert: Algerien, Palästina, Irak, Libyen, Ägypten und Jemen.

5 Differenzen in Prozentpunkten. Schätzungen, die auf einen statistisch nicht signifikanten Unterschied hindeuten (Adjusted Wald Test, 99-prozentiges Signifikanzniveau) werden in Klammern gesetzt.

6 Der Anteil fehlender Angaben bei den Fragen zu den Regierungsformen (weiß nicht, Verweigerung) liegt in Deutschland bei ein bis vier Prozent (WVS), in den Krisenländern (WVS) bei sechs bis acht Prozent und bei Geflüchteten (IAB-BAMF-SOEP-Befragung) bei 13 bis 26 Prozent. Der Anteil fehlender Angaben bei den Fragen zu den demokratischen Einstellungen (weiß nicht, Verweigerung) liegt in Deutschland bei bis zu zwei Prozent (WVS), in den Krisenländern (WVS) bei sechs bis zehn Prozent und bei Geflüchteten (IAB-BAMF-SOEP-Befragung) bei elf bis 20 Prozent. In beiden Fällen lässt sich aus den vorliegenden Daten jedoch nicht ableiten, inwieweit diese Differenz auf Unterschiede in Erhebungsinstrumenten und -situation, Sprachproblemen oder sozialer Erwünschtheit zurückzuführen sind.

Quellen: IAB-BAMF-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet; World Values Survey, 6. Welle, 2010–2014.

© DIW Berlin 2016

Auch auf die Frage, welche Elemente zu einer Demokratie gehören, ähneln die Antworten der Geflüchteten denen der deutschen Befragten: So sind 96 Prozent der Geflüchteten und 92 Prozent der Deutschen der Meinung, „dass Menschen ihre Regierung in freien Wahlen bestimmen sollen“. Auch unterstützen die Geflüchteten genauso wie die Deutschen die Gleichberechtigung der Frauen: Jeweils 92 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „gleiche Rechte von Männern und Frauen“ ein Bestandteil der Demokratien sind.

Neben Freiheit und Gleichheit fällt die Zustimmung der Geflüchteten besonders hoch aus bezüglich zweier Aussagen, die auf den Schutz der Bürgerrechte und die

Achtung Schwächerer zielen: 93 Prozent der Geflüchteten sehen „Bürgerrechte als Schutz der Menschen vor staatlicher Unterdrückung“ als bedeutsam (gegenüber 83 Prozent der Deutschen) und 81 Prozent unterstützen die Vorstellung, dass „die Regierung die Reichen besteuert und die Armen unterstützt“ (gegenüber 71 Prozent der Deutschen). Somit fällt bei diesen beiden Aussagen die Zustimmung Geflüchteter rund zehn Prozentpunkte höher aus als die der deutschen Befragten des WVS.

Schließlich wurde mit der Frage, ob der „Religionsführer die Auslegung der Gesetze bestimmen“ soll, untersucht, inwieweit die Befragten die Trennung von Staat und Religion befürworten. Mit 13 Prozent stimmte nur

eine Minderheit der Geflüchteten dieser Aussage zu. Zwar liegt dieser Wert statistisch signifikant über dem der Deutschen (acht Prozent), jedoch über 40 Prozentpunkte unter der Zustimmungsquote, die diese Aussage in Ägypten, Algerien, Irak, Jemen, Libyen und Palästina erhält (etwa 55 Prozent).

Auch wenn Geflüchtete vielfach aus Regionen stammen, in denen etwa jede oder jeder zweite Befragte die Rolle der Religionsführer in der Gesetzgebung betont oder aber einen starken Führer positiv bewertet, ähneln die in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung geäußerten Antworten der Geflüchteten zu demokratischen Prinzipien viel mehr denjenigen deutscher Befragter als denen aus ihren Herkunftsländern. Offensichtlich liegt hier eine starke Selektion der Geflüchteten im Vergleich zu den Bevölkerungen der Herkunftsländer vor.

Rollenverständnis von Mann und Frau

Um Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verständnis der Rollen von Mann und Frau zwischen den Geflüchteten und der in Deutschland lebenden Bevölkerung zu untersuchen, wurde die Zustimmung zu drei Aussagen miteinander verglichen. Dabei geht es um die Rolle der Frau im Erwerbsleben sowie im familiären Kontext und den Stellenwert der Bildung der Mädchen gegenüber Jungen. Da sich die Ausprägungen der Antwortkategorien im WVS von denen in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung unterscheiden, wurden hier Kategorien zusammengefasst, um die Befragungen zu harmonisieren.²¹

Der Anteil der befragten Deutschen, die der Aussage, dass „eine Arbeit zu haben [...] für eine Frau die beste Möglichkeit [ist] unabhängig zu sein“, zustimmt, ist mit 72 Prozent geringer als bei den Geflüchteten (86 Prozent, Tabelle 6). Statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Geflüchteten und der Vergleichsgruppe zeigen sich sowohl insgesamt, als auch innerhalb der Geschlechtergruppen. Ein Vergleich der Effektstärken (Kasten 4) verdeutlicht, dass der Unterschied insgesamt eine mittlere Größenordnung erreicht (0,34) und bei Männern (0,46) größer ist als bei den Frauen (0,21). Die Effektstärken von Frauen und Männern unterscheiden sich ebenfalls statistisch signifikant.

Tabelle 6

Vergleich der Einstellungen zu Geschlechterrollen zwischen Geflüchteten und Deutschen

Anteil der zustimmenden Antworten in Prozent

	Geflüchtete ¹	Deutsche ^{2,3}	standardisierte Differenz ⁴	Cohen's D ⁵
<i>Eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit unabhängig zu sein.</i>				
Frauen	88	81	*	0,21
Männer	85	62	**	0,46
gesamt	86	72	**	0,34
N	2 123	1 914		
<i>Wenn eine Frau mehr Geld verdient als ihr Partner, führt dies zwangsläufig zu Problemen</i>				
Frauen	30	20	**	0,25
Männer	28	16	**	0,32
gesamt	29	18	**	0,25
N	2 074	1 906		
<i>Für Eltern sollte die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Söhne wichtiger sein als die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Töchter.</i>				
Frauen	14	11	n.s.	0,11
Männer	19	18	n.s.	0,02
gesamt	18	14	n.s.	0,10
N	2 121	1 922		

Anmerkungen: **: signifikant zum Ein- und Fünf-Prozentniveau. Die Ergebnisse wurden ebenfalls auf Basis einer alternativen Kodierung berechnet, bei der die Kategorie 4 auf Missing gesetzt wurde und 1 bis 3 als „Ablehnung“ sowie 5 bis 7 als „Zustimmung“ gewertet wurde. Auf Basis dieser Abgrenzung ergaben sich teilweise zugespitzte Ergebnisse, insbesondere bei der Aussage „Eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit unabhängig zu sein“. Nach wie vor waren die Unterschiede statistisch signifikant, wobei sich die Effektstärken insbesondere in der ersten Frage erhöhten.

1 Die Antwortskala der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 4) und Zustimmung (Antworten 5 bis 7) zusammengefasst.

2 Die Antwortskala des WVS, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 4 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 2) und Zustimmung (Antworten 3 bis 4) zusammengefasst.

3 Es wurden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.

4 Adjusted Wald-Test

5 Maß für die Effektstärke auf Basis standardisierter Mittelwerte.

Quellen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet; World Values Survey, 6. Welle, 2010–2014.

© DIW Berlin 2016

Bei der Aussage „Wenn eine Frau mehr Geld verdient als ihr Partner, führt dies zwangsläufig zu Problemen“ traten dagegen die Deutschen 2013 stärker als die Geflüchteten für die Gleichstellung der Geschlechter ein: 29 Prozent der Geflüchteten und 18 Prozent der Vergleichsgruppe stimmen dieser Aussage zu. Der Unterschied beträgt bei den Frauen 30 zu 20 Prozent und bei den Männern 28 zu 16 Prozent. Hier sind die Unterschiede in allen Gruppen statistisch signifikant. Die Effektstärken sind jedoch vergleichsweise klein und nicht statistisch signifikant unterschiedlich. Für die Gesamtstichprobe liegt der Wert bei 0,25, bei den Frauen sind es ebenfalls 0,25 und bei den Männern 0,32.

²¹ Bei der Frage nach der Unabhängigkeit der Erwerbsarbeit und den Verdiensten enthält der WVS drei Antwortkategorien („stimme zu“, „weder noch“, „stimme nicht zu“). Hier wurden die Ausprägungen 5 bis 7 in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung zusammengefasst und der Antwort „stimme zu“ im WVS zugeordnet. Bei der Frage nach der Bildung von Söhnen und Töchtern enthält der WVS vier Antwortkategorien („stimme voll und ganz zu“, „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“). Hier wurden die Ausprägungen 1 und 2 im WVS und die Kategorien 5 bis 7 in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung in der Kategorie „Zustimmung“ zusammengefasst.

Kasten 4

Berechnung der Effektstärke von Unterschieden zwischen verschiedenen Gruppen

Die Signifikanz von Unterschieden zwischen zwei verschiedenen Gruppen sagt noch nichts über die Stärke dieser Effekte aus. Je größer die Stichprobe, desto geringer ist die Standardabweichung, und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch kleine Unterschiede statistisch signifikant sind. Um die Stärke der Unterschiede in verschiedenen Stichproben vergleichbar zu machen, hat Cohen¹ ein Verfahren vorgeschlagen, bei dem die Differenz der Mittelwerte durch die gewichtete Standardabweichung in den jeweiligen Stichproben geteilt werden (Cohen's D). Auf diesem Weg kann die Effektstärke von Unterschieden in den Mittelwerten größenunabhängig berechnet werden. Dabei gilt ein Wert in der Größenordnung von 0,1 bis 0,3 als kleiner, von 0,3 bis 0,8 als mittlerer und von 0,8 und größer als starker Unterschied.

¹ Cohen, J. (1988): Statistical power analysis for the behavioral sciences (Zweite Auflage). Hillsdale, NJ: Erlbaum.

18 Prozent der Geflüchteten und 14 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass „für Eltern [...] die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Söhne wichtiger sein [sollte] als die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Töchter“. Während die Zustimmung bei den geflüchteten Frauen höher ist als bei deutschen Frauen (14 Prozent zu elf Prozent), ergibt sich bei den Männern kaum ein Unterschied (19 Prozent zu 18 Prozent). Die Unterschiede sind bei dieser Aussage in keiner Gruppe statistisch signifikant und auch Unterschiede in den ohnehin sehr geringen Effektstärken sind zu vernachlässigen (Tabelle 6).

Unterschiede im Verständnis der Geschlechterrollen zwischen Geflüchteten und in Deutschland Lebenden sind also je nach Aussage und Geschlecht in unterschiedlicher Richtung und in mehr oder weniger großem Maß vorhanden.²²

Grundsätzlich ist bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass zwischen der Zustimmung zu eher abstrakten

²² Für eine vertiefte Analyse der Vorstellungen der Geflüchteten zu den Geschlechterrollen vgl. die qualitative Vorstudie zu dieser Untersuchung (Brücker et al. 2016b, 2016c). Siehe Brücker, H. et al. (2016c): Geflüchtete Menschen in Deutschland: Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen. IAB-Kurzbericht Nr. 15, Nürnberg.

Normen und den im Alltag tatsächlich gelebten Werten erhebliche Unterschiede auftreten können.

Angekommen? – Soziale Teilhabe und Lebenszufriedenheit**Soziale Kontakte**

Die meisten der befragten Geflüchteten leben erst recht kurz in Deutschland. Eine zentrale Frage für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem sind neue Kontakte und der Aufbau sozialer Netzwerke. Das gilt nicht nur für die Kontakte zur deutschen Bevölkerung, auch Kontakte zu anderen MigrantInnen können der Informationsbeschaffung dienen und die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Im Mittel haben die Geflüchteten seit dem Zuzug drei neue Kontakte zu Deutschen und fünf neue Kontakte zu Personen aus den Herkunftsländern (ohne Verwandte) aufgebaut.

Nun ist für die soziale Teilhabe nicht allein die Zahl der neuen Kontakte, sondern auch ihre Intensität relevant. Insgesamt haben 60 Prozent der Geflüchteten mindestens einmal die Woche Kontakte zu Deutschen und 67 Prozent zu Menschen aus ihren Herkunftsländern. Sowohl die Zahl neuer Kontakte als auch die Kontaktintensität zu Deutschen steigt mit dem Bildungsstand. Dezentral untergebrachte Geflüchtete haben häufiger Kontakte zu Deutschen als solche, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, und in kleineren Kommunen etwas häufiger als in Großstädten. Für die Kontaktintensität zu Menschen aus den gleichen Herkunftsländern zeichnet sich der umgekehrte Trend ab.

Diskriminierungserfahrungen

Das Zusammenleben in Deutschland und die Teilhabe der Geflüchteten an allen Bereichen der Gesellschaft kann auch durch Vorurteile und Ressentiments belastet werden. In der Wahrnehmung der Geflüchteten hat eine Minderheit von zehn Prozent häufig Diskriminierungserfahrungen gemacht, weitere 36 Prozent selten. Die Geflüchteten weisen damit etwas häufiger Diskriminierungserfahrungen auf als der Durchschnitt der Migrationsbevölkerung in Deutschland (32 Prozent im Jahr 2015).

Die Wahrnehmung von Diskriminierungserfahrungen schwankt nur geringfügig zwischen den Bildungsgruppen. Unter den Personen in Gemeinschaftsunterkünften ist der Anteil, der häufig Diskriminierungserfahrungen gemacht hat, mit zwölf Prozent spürbar höher als bei den Personen, die dezentral untergebracht sind (sieben Prozent). Geflüchtete in Partnerschaften und mit einem anerkannten Schutzstatus fühlen sich selte-

Tabelle 7

Lebenszufriedenheit Geflüchteter und von Personen ohne Migrationshintergrund

Indikator	ohne Migrationshintergrund	Geflüchtete	standardisierte Differenz
Alter in Jahren ¹	52,0 (18,9)	31,2 (10,8)	-1,14 *
Geschlecht ¹ (Prozent weiblich)	51,3	27,4	-
Lebenszufriedenheit ^{1,a}	7,25 (1,75)	6,86 (2,55)	-0,21 *
LZ Wohnen ^{1,a}	7,92 (1,82)	6,28 (3,08)	-0,83 *
LZ Einkommen ^{1,a}	6,38 (2,47)	5,64 (3,06)	-0,29 *
LZ Gesundheit ^{1,a}	6,56 (2,24)	7,72 (2,65)	0,51 *
Gesundheitszustand ^{1,c}	3,31 (0,98)	3,92 (1,15)	0,61 *
Gesundheit, Sorgen ^{1,e}	1,90 (0,68)	1,61 (0,76)	-0,42 *
Einsamkeit ^{2,c}	2,03 (0,74)	2,71 (1,15)	0,86 *
Depressivität ^{3,d}	1,56 (0,56)	1,85 (0,73)	0,50 *
N	20 548	2 349	

Anmerkungen: ** *: signifikant zum Ein- und Fünf-Prozentniveau. Mittelwerte, Standardabweichungen in Klammern. LZ = gegenwärtige allgemeine Lebenszufriedenheit. Höhere Werte in der "Differenz"-Spalte stehen für stärkere Ausprägungen. Nach Cohen (1988) entspricht eine standardisierte Differenz zwischen 0,2 und 0,5 einem kleinen Effekt, zwischen 0,5 und 0,8 einem mittleren und größer als 0,8 einem starken Effekt.

1 Erhoben im Jahr 2015.

2 Erhoben im Jahr 2013.

3 Erhoben im Jahr 2016.

a Skalenbereich von Null bis Zehn.

b Skalenbereich von Eins bis Sieben.

c Skalenbereich von Eins bis Fünf.

d Skalenbereich von Eins bis Vier.

e Skalenbereich von Eins bis Drei.

Quellen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet; SOEP:v31, Jahre 2000–2014.

© DIW Berlin 2016

ner diskriminiert, mit guten Deutschkenntnissen häufiger. In Hinblick auf die Größe der Kommunen ergibt sich kein einheitliches Muster.²³

Lebenszufriedenheit

Ein wichtiges Maß für die Lebensqualität ist die subjektive Lebenszufriedenheit. Sie kann als umfassender Wohlfahrtsindikator verstanden werden und gibt damit einen ersten Anhaltspunkt, inwieweit sich die Lebensqualität der Geflüchteten und der Bevölkerung in Deutschland angleichen. Die Vergleichsgruppe bilden hier die vom SOEP befragten Personen ohne Migrationshintergrund.

Bei der allgemeinen Bewertung der Lebenszufriedenheit zeigt sich, dass die Geflüchteten zwar weniger zufrieden sind als Menschen ohne Migrationshintergrund, aber

die Differenz vergleichsweise klein ist – was jedoch zum Teil auch der jüngeren Altersstruktur der Geflüchteten geschuldet ist. Größere Unterschiede treten auf, wenn die Zufriedenheit bezüglich einzelner Lebensbereiche betrachtet wird: Wie nicht anders zu erwarten gibt es einen großen Unterschied zwischen Geflüchteten und Personen ohne Migrationshintergrund in ihrer Zufriedenheit mit der Wohnsituation und einen mittelgroßen Unterschied in Hinblick auf das Einkommen (Tabelle 7).

Gesundheit

Geflüchtete sind mit ihrer Gesundheit insgesamt zufriedener als Menschen ohne Migrationshintergrund, bewerten ihren Gesundheitszustand als besser und machen sich auch weniger Sorgen um ihre Gesundheit (Tabelle 7). Eine Erklärung für dieses vielleicht als überraschend empfundene Ergebnis könnte im vergleichsweise niedrigeren Alter der Geflüchteten liegen. Bei einer multivariaten Analyse, die unter anderem das Alter berücksichtigt, verbleiben auch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geflüchteten und Personen ohne Migrationshintergrund.²⁴ Es ist ebenfalls denkbar, dass nur vergleichsweise gesunde Menschen die vielfach strapaziösen Belastungen der langen Flucht auf sich genommen haben und in Deutschland auch angekommen sind.

Das Ergebnis eines vergleichsweise gut eingeschätzten Gesundheitszustands relativiert sich allerdings durch andere Ergebnisse der Befragung: So leiden Geflüchtete sehr viel stärker als Menschen ohne Migrationshintergrund unter Einsamkeit und unter Depressionen.

Fazit

Die Befragung der Geflüchteten bestätigt teilweise vorhandene Erkenntnisse, teilweise ergibt sich aber auch ein erweitertes Bild. Die meisten Geflüchteten geben an, dass sie ihre Herkunftsländer aus Angst vor Krieg, Gewalt und Verfolgung verlassen haben. Als prekär eingestufte persönliche Lebensbedingungen dürften ebenfalls zur Fluchtentscheidung beigetragen haben. Auch für das Verlassen der Transitländer spielen neben den prekären Lebensverhältnissen Vertreibung, Verfolgung und Diskriminierung eine wichtige Rolle. Deutschland wurde – so die Aussagen der Geflüchteten – vor allem wegen der erwarteten hohen Schutzgewährung als Ziel-land ausgewählt. Die Kosten und Risiken der Flucht sind hoch, aber im Zeitverlauf gefallen.

Das Niveau der Allgemeinbildung der Geflüchteten ist stark polarisiert: Einer vergleichsweise großen Gruppe, die weiterführende Schulen besucht hat, steht eine eben-

²³ Für eine vertiefte Analyse vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a. a. O.

²⁴ Die Ergebnisse stehen auf Anfrage zur Verfügung.

falls recht große Gruppe gegenüber, die nur Grundschulen oder gar keine Schule besucht hat. Auf einen wenigstens zehnjährigen Besuch einer allgemeinbildenden Schule, wie er in Europa Mindeststandard ist, kommen 55 Prozent der Geflüchteten. Rund 30 Prozent der Geflüchteten haben Hochschulen und berufliche Bildungseinrichtungen besucht, weniger als 20 Prozent hier einen Abschluss erworben. Rund zwei Drittel der Geflüchteten wollen aber in Deutschland noch Schul- oder Berufsabschlüsse erwerben, sodass zu erwarten ist, dass das Bildungsniveau steigen wird – zumal in diesem Bericht die Kinder und ihre Schulbildung noch nicht berücksichtigt werden. Die meisten Geflüchteten verfügten beim Zuzug nach Deutschland über keine Deutschkenntnisse, mit zunehmender Aufenthaltsdauer ist aber ein deutlicher Anstieg der Sprachkompetenz festzustellen.

Die Arbeitsmarktintegration der befragten Geflüchteten ist noch gering, aber mit zunehmender Aufenthaltsdauer ist ein Anstieg der Erwerbstätigkeit zu beobachten. Die ersten Ergebnisse entsprechen dem Muster des Integrationsverlaufs, das auch in der Vergangenheit bei der Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten beobachtet werden konnte.

Die vorhandenen Beratungs- und Integrationsangebote oder solche, die im vergangenen Jahr entstanden sind, hat erst ein Teil der Geflüchteten wahrgenommen oder wahrnehmen können. Rund ein Drittel der in der Stichprobe repräsentierten Geflüchteten hat an Integrationskursen teilgenommen, insgesamt zwei Drittel haben Sprachkurse besucht. Viele Beratungsangebote, etwa zur Integration in den Arbeitsmarkt, und die Arbeitsvermittlung werden bisher erst von einer Minderheit der Geflüchteten genutzt. Erste Ergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass gezielte Integrationsmaßnahmen die Erwerbsbeteiligung deutlich erhöhen können.

Teilhabe und Inklusion hängen nicht allein von der Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem ab. Es wird auch eine wichtige Rolle spielen, inwieweit die Geflüchteten mit der Bevölkerung in Deutschland gemeinsame Grundwerte teilen. Ein Vergleich der Wertvorstellungen zeigt, dass die Geflüchteten in ihren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundüberzeugungen der deutschen Bevölkerung ähnlich sind, sich aber erheblich von den Bevölkerungen in ihren Herkunftsregionen unterscheiden. Bei dem Rollenverständnis von Mann und Frau treten neben Gemeinsamkeiten allerdings auch Unterschiede zur deutschen Wohnbevölkerung auf.

Wie zu erwarten, sind die Geflüchteten weniger mit ihrer Wohn- und Einkommenssituation zufrieden als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Insgesamt sind die Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit aber gering. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist unter den Geflüchteten sogar höher als in der Vergleichsgruppe – ein Ergebnis, das auch mit dem geringen Durchschnittsalter der Geflüchteten zu tun haben kann.

Insgesamt sprechen die ersten Ergebnisse aus der IAB-BAMF-SOEP-Befragung dafür, dass die seit 2013 gekommenen Geflüchteten in Hinblick auf ihre Biografien, ihren Bildungshintergrund, ihre Wertvorstellungen und Persönlichkeitsmerkmale sehr heterogen sind. Vor dem Hintergrund ihres geringen durchschnittlichen Alters und ihrer hohen Bildungs- und Erwerbsaspirationen bestehen erhebliche Potentiale für die Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. Auch wenn diese Integration erst am Anfang steht, kann künftig mit Fortschritten gerechnet werden. Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten wird diese Entwicklungen weiter verfolgen.

Herbert Brücker ist Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | herbert.bruecker@iab.de

Christian Babka von Gostomski ist Mitarbeiter im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | christian.babkavongostomski@bamf.bund.de

Martin Friedrich ist studentische Hilfskraft der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mfriedrich@diw.de

Yuliya Kosyakova ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | yuliya.kosyakova@iab.de

David Richter ist Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | drichter@diw.de

Jana A. Scheible ist Mitarbeiterin im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | janaanne.scheible@bamf.bund.de

Steffen Sirries ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | steffen.sirries@iab.de

Nina Rother ist Referatsleiterin im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | nina.rother@bamf.bund.de

Axel Böhm ist Mitarbeiter im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | axel.boehm@bamf.bund.de

Marco Giesselmann ist Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgiesselmann@diw.de

Martin Kroh ist stellvertretender Leiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mkroh@diw.de

Agnese Romiti ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | agnese.romiti@iab.de

Paul Schmelzer ist Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | pschmelzer@diw.de

Parvati Trübswetter ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | parvati.truebswetter@iab.de

Jürgen Schupp ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | jschupp@diw.de

Tanja Fendel ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | tanja.fendel@iab.de

Elisabeth Liebau ist Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Surveymethodik und -management (SOEP Survey)“ am DIW Berlin | eliebau@diw.de

Diana Schacht ist Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | dschacht@diw.de

Manuel Siegert ist Mitarbeiter im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | manuel.siegert@bamf.bund.de

Ehsan Vallizadeh ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | ehsan.vallizadeh@iab.de



Prof. Dr. Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Trumps Klimapolitik: Augen zu und vorwärts in die Vergangenheit!

Für die internationale Energie- und Klimapolitik ist das Ergebnis der US-Präsidentenwahl ein Desaster. Donald Trump steht für die Vergangenheit. Er kämpft für die Energiepolitik von gestern oder besser: Er kämpft für die Energiepolitik von vor 25 Jahren. Alles, was damals gut schien, will er möglichst lang konservieren: Kohle, Atom und Öl. Zukunft findet für ihn nicht statt. Kein Wunder, dass er jede seriöse wissenschaftliche Prognose ignoriert und den Weltklimavertrag aufkündigen will. Die internationale Klimapolitik würde damit einen erheblichen Rückschlag erleiden – obwohl die Zeichen bisher gut standen, da sowohl die USA als auch China dem Abkommen von Paris bereits zugestimmt hatten.

Das Rennen um die zukunftsweisenden Technologien hat jedoch bereits begonnen. Kohle- und Atomtechnologie gehören gleichermaßen der Vergangenheit an. Genauso wenig wie wir privat noch Kohleöfen nutzen, um unsere Wohnungen zu heizen, wird man in einigen Jahrzehnten noch Strom in Kohlekraftwerken erzeugen. Schon der Abbau des Rohstoffs Kohle verursacht erhebliche Umwelt- und Gesundheitsschäden, auch und gerade in den USA. Und die Treibhausgasemissionen verschmutzen trotz modernster Filter nicht nur die Umwelt, sondern belasten in erheblichem Umfang das globale Klima. Auch die Atomenergie verursacht Kosten. Nicht nur Bau und Rückbau der Anlagen sind marktwirtschaftlich nicht finanzierbar, sondern vor allem die Lagerung und Beseitigung des Atomabfalls. Nach wie vor steht auch in den USA die Frage unbeantwortet im Raum: Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Auch in den USA gibt es kein Atom-Endlager.

Trumps trotzig-ignorante Antwort: Augen zu und vorwärts in die Vergangenheit! Das ist keine wirklich smarte Strategie. Die künftige Energiewelt ist dezentral. Sie basiert auf einer klugen Vernetzung volatiler erneuerbarer Energien, flexibler Speicher und intelligenter Energiemanagement- und Einspar-Technologien. Die Methoden und Techniken des 20. Jahrhunderts sind dafür nicht mehr geeignet, weil sie auf zentralen

und inflexiblen Strukturen basieren. Wenn eines klar ist, dann das: Kohle- und Atomkraftwerke sind den Anforderungen an die Flexibilität des Stromsystems nicht gewachsen.

Selbst China, das viele fälschlicherweise immer noch für ein Schwellenland halten und das der technologischen Entwicklung der westlichen Industrieländer hinterherhinkt, ist inzwischen weiter. Das Reich der Mitte setzt – getrieben durch akute Luftverschmutzung – immer weniger auf Kohleenergie, sondern verstärkt auf erneuerbare Energien, wirbt weltweit für Klimaschutz und hat kürzlich Trump davor gewarnt, aus dem Klimavertrag auszusteigen. Das ist kein grüner Idealismus, sondern knallhartes ökonomisches Interesse: China will den Wettlauf um die besten Technologien gewinnen.

Und auch wirtschaftlich steckt die neue Energiewelt voller Chancen. Kalifornien macht es vor: Es baut die weltweit besten Elektroautos, stellt Batteriespeicher vor und will künftig Solarziegel für das Hausdach anbieten. So geht Energiewende: demokratisch, zukunftsorientiert und ökonomisch effizient. Wenn Trump die Energietechniken der Vergangenheit konserviert, wird dies die USA im Wettbewerb um klimaschonende Technologien um Jahre zurückwerfen. Zwar wird die Energiewende in den USA nicht mehr aufzuhalten sein, da die Unternehmen immer mehr auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit setzen. Aber das krampfhaftes Festhalten an Kohle und Atom wird die auch in den USA unvermeidliche Energiewende teurer machen.

Der eigentliche Verlierer ist jedoch das globale Klima. Die Folge von Trumps Politik sind ein unbeherrschbarer Klimawandel und sich häufende Klimaextreme, wodurch die Zahl der Klimaflüchtlinge steigen wird. Ein ungebremseter Klimawandel wird auch volkswirtschaftliche Schäden nach sich ziehen. Die Wahl Trumps ist auch in dieser Hinsicht ein wirtschaftliches Desaster.